

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
30. August 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmstraße,
Post Fegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der Generalstreik in Schweden. — Preussische Rückständigkeit in der Gewerbeaufsicht. Von Gh. — Der Tiroler Aufstand im Jahre 1809. III. Von Dr. Wilhelm Hausenstein. — Die Hinterbliebenenversicherung. Vortrag von Ed. Gräf auf dem Krankenkassentag in Berlin. (Fortsetzung.) — Ausbeutung und Gefahren in der chemischen Industrie. Von h. sch. — Warum fragen die Mütter nicht? Von G. — Der schweizerische Heimarbeiterschulgongress. Von D. Z.
Aus der Bewegung: Die politische Frauenorganisation im Jahre 1908. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.
Notizenteil: Dienstofffrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Kernen.

Der Generalstreik in Schweden.

Ohne verblüffende Knalleffekte, ohne hitzige Schreie und Gesten, man ist fast versucht zu sagen in lautloser Stille spielt sich in Schweden das gewaltige Drama des Massenstreiks weiter ab. In ihm ringen die bedeutsamsten sozialen Leidenschaften unserer Zeit miteinander: der Goldhunger der kapitalistischen Ausbeuter und der Freiheitsdrang der Ausgebeuteten. Überwältigend tritt es dabei zutage, daß ungeachtet der Macht, der Herrschaftstellung des Kapitals die ausgepreßte, verflavte Arbeit die tragende, lebendige Kraft des wirtschaftlichen Lebens ist. Die gewerblich tätigen Proletarier Schwedens kreuzen in mannhafter Entschlossenheit die Arme, sie leihen nicht mehr ihre Muskeln und Nerven dem Dienst des kapitalistischen Profits, und siehe: die stolzen „Hauptleute der Industrie“, die „königlichen Kaufleute“ mit samt ihrem Stabe „höheren Personals“, mit samt den Reichthümern ihrer diebs- und feuersicheren Geldschränke, den sinnreichen Kraft- und Werkzeugmaschinen ihrer Betriebe sind ohnmächtig, den Gang des Wirtschaftslebens aufrechtzuerhalten und wie sonst glänzenden Gewinn in ihren Scheuern zu bergen. Gemessen an diesem Ereignis und seiner ruhigen Größe erscheint alles zwerghaft, schal, was die Zeitungen aus den ränkereicheren Kabinetten der Regierungen und den redereichen Sälen der noch tagenden Parlamente melden. Mit lebhaftem Interesse und tatbereiter Sympathie verfolgen die kämpfenden Proletarier den Niesenkampf. Und weit über ihre Kreise hinaus muß er die Augen der ausgebeuteten Massen auf sich ziehen. Ruft er doch den Verzagenden und Feigen zu: lernt eure Kraft kennen und einsehen; den Gleichgültigen und Stumpfsinnigen: erwacht und ringet!

Seit wir in letzter Nummer über den Generalstreik schrieben, hat sich in der Lage nichts geändert. Der Kampf geht nun in der dritten Woche, und die Streikenden stehen wie die Mauern. In unverbrüchlicher Treue, die kein Wanken kennt, in eiserner Disziplin, die sich weder einschüchtern noch provozieren läßt, in ausdauerndem Opfermut, der vor keiner Entbehrung zurückschreckt. Diese nüchternen Tatsache erweist die materielle Macht der Streifbewegung und enthüllt ihre innere gesunde Kraft, welche erst die materielle Macht schafft und erhält. Wenn der gute Bürger frühmorgens zur kapitalistischen Profitmühle oder

zum Börsenspiel ging, gekräftigt durch belegte Butterbrötchen und die Nachricht, daß in Schweden der maledeite Ausstand eigentlich gar kein Generalstreik sei und vor dem Anfang vom Ende stehe, so mußte ihm schon abends sein Leibblatt den guten alten Rotzpoth und die Stimmung mit der Meldung vergällen, daß die Bewegung trotz allem noch andauere. Und die nun vorliegenden Zahlen der amtlichen Streikstatistik sind ganz danach, sein Himmelhochjauchzend in Zum-Tode-betrübt zu verwandeln. Hat doch nach ihren Feststellungen das Heer der fast 300000 Feiernden nur um 1344 abgenommen! Dabei hat diese Statistik von Anfang an keinen Anspruch darauf erheben dürfen, mit aller Gewissenhaftigkeit wirklich die Zahl der Ausständigen bis zum letzten zu erfassen. Nur ganz vereinzelt sind kleine Grüppchen von Arbeitern und Arbeiterinnen willig gewesen, zu ihrer Beschäftigung zurückzukehren. Ihr käuflicher Sklavensinn hat die Welle der Streikbewegung weder aufzuhalten, noch zu teilen vermocht. Sie ist seither in Stockholm und anderen Orten noch gewachsen und hat die Buchdrucker mit fortgerissen. Diese sprengten die Bindung durch ihren Tarifvertrag, weil er auch den Schein eines moralischen Rechts verloren hatte. Wurde ihnen doch von dem angeblich „neutralen“ Unternehmertum im Buchdruckergewerbe angenommen, durch den Druck von Schwindelnachrichten über das Abflauen und die Greuel des Streiks den Scharfmachern Helfershelferdienste zu leisten. Soweit das saubere Geschäft der Verbreitung von gedruckten Tatarennachrichten über den Ausstand noch etwas klappert, sind es Prinzipale und Journalisten, welche als Streikbrecher hauseren.

Die organisierten Eisenbahner haben sich zwar mit Majorität für den Ausstand ausgesprochen, aber nicht mit der Dreiviertelmehrheit, welche ihr Statut für diesen Fall vorschreibt. Der Streik wirkt derart beschränkend auf den Güter- und Personenverkehr zurück, daß nur ein Viertel des Personals hinreichen würde, ihn aufrechtzuerhalten. Angesichts dieser Sachlage erachten es die Eisenbahner für strategisch klüger, sich nur moralisch mit den Ausständigen solidarisch zu erklären und materiell in der Lage zu bleiben, diese unterstützen zu können. Denn wie andere Kategorien von Arbeitern, die nach der Lösung der gewerkschaftlichen Landeszentrale weiterschaffen, führen auch sie einen Teil ihres Verdienstes an die Streikklasse ab. Dem Geschwätz der bürgerlichen Presse entgegen, die nur die erhabene, ebenso billige als einträgliche Auffassung versteht: jeder für sich und Gott für uns alle, sei hier noch eine Tatsache verzeichnet. Die Angestellten der schwedischen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen beziehen in der Zeit des Massenstreiks kein Gehalt, und der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine hat deren Angestellte und Arbeiter aufgerufen, der Streikklasse ebenfalls ihren vollen Lohn zuzuführen.

Die Unternehmer haben sich bemüht, durch ein raffiniertes System von Lügen über die Wiederaufnahme der Arbeit hier und da die Reihen der Kämpfenden zu lockern. Sie haben sich angelegen sein lassen, sie mit den Judasüberlingen von Lohn-erhöhungen von 5 bis 10 Prozent, Unterstützungen und Gewinnbeteiligung zu blenden. Ihren raffigierigen Herrschafts-

gelüsten zuliebe hat der Staat auch den Schein seiner Neutralität im Kampfe zwischen Arbeit und Kapital zerrissen. Mit Mißachtung der öffentlichen Sicherheit hat sein König die Automobile der Verpflichtung zur Nummerführung entbunden; hat seine Polizei die Fuhrwerksbesitzer zur Aufnahme des Betriebs gepreßt, den Verkehr der Trams gestattet, geleitet von Kontrolleuren und Mitgliedern des bürgerlichen Schutzkorps in täuschender Straßenbahneruniform. In Widerspruch zu den Befehlen haben seine Behörden in Stockholm, Göteborg und sonstwo noch den Arbeitern das Recht der Demonstration und der Redefreiheit zu beschränken versucht; unter Verhöhnung der Gebote der Menschlichkeit sind seine berittenen Schutzleute unter friedliche, wehrlose Frauen und Kinder gesprengt. Sein Militär ist zur Schußbereitschaft auf den „inneren Feind“ kommandiert.

Die Liebesmüh der Lockungen und Tücken ist umsonst gewesen. An dem zielsicheren Rechts- und Machtbewußtsein der kämpfenden Proletarier wird auch der neueste vergiftete Pfeil abprallen, den das Unternehmertum durch Sklavenhände aus den eigenen Reihen auf sie abschnelles ließ. Der Vorstand des liberal-christlichen Arbeiterverbandes hat seine Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit gerufen, mit der Begründung, „daß der Generalstreik jetzt eine solche Entwicklung erfahren habe, daß er ihn nicht mehr billigen könne“. Mit Hilfe der Kapitalisten gegründet und großgepöppelt, um die Ausgebeuteten zu teilen und zu beherrschen, liegt die Vermutung nahe, daß diese „gelbe“ Organisation dem Kommando ihrer geheimen Führer gemäß sich nur an den Streik angeschlossen hat, um ihn verraten zu können, in der Hoffnung, die unorganisierten Arbeiter dadurch irrezuführen. Aber wie dem auch sei: jedenfalls vermag der kleine Stein dieser großen Schurkerei die Kraft der Streikwoge nicht zu brechen. Der liberal-christliche Arbeiterverband zählt kaum 8000 Mitglieder, und nicht alle düstere Einsichtslosigkeit oder „Nützlichkeitssinn“ zu Verrätern machen.

Die bürgerliche Fabel von der „alles in allem“ geringen Bedeutung des Streiks wird am sichersten durch die Wunden widerlegt, die er dem Wirtschaftsleben in Schweden schlägt. Landauf und landab liegen die Fabriken still, die Werkstätten stehen verödet, in Handel und Verkehr ist der Pulsschlag schwach und unregelmäßig. Der Frachtverkehr der Eisenbahnen war bereits in der zweiten Woche des Ausstandes um 54 Prozent gesunken, der Personenverkehr hatte sich bedeutend vermindert, und die Schifffahrt zeigte die gleichen Erscheinungen. Nach Berechnungen des norwegischen Genossen Punterwold haben in den ersten 10 Streiktagen die Staats- und Privatbahnen eine Verminderung ihrer Einnahmen um 3 Millionen Kronen erlitten, die Handelsschiffe um 1½ Millionen Kronen. Die sonstige Jahresproduktion an Waren der schwedischen Fabrikindustrie zugrunde gelegt, ergibt sich für sie in diesen 10 Tagen ein Ausfall von 50 Millionen Kronen Produktionsertrag. Sie erhält nicht die halbe Million Kronen täglich zur Verzinsung des in ihr angelegten Kapitals, sie wirft von den 50 Millionen keinen „Entbehrungslohn“ für die Unternehmer ab, und diese müssen außerdem tagaus tagein ¼ Million Kronen an Ausgaben tragen, die der Kampf mit sich bringt. Der schwedische Staat ist — abgesehen von dem beträchtlichen Ausfall an Verkehrseinnahmen — mit zwei Millionen Kronen Aufwendungen für gänzlich überflüssige, ja schädliche polizeiliche und militärische „Sicherheitsmaßnahmen“ Leidtragender. Die Unternehmerpresse berechnet den Lohnausfall für die Arbeiter mit 855 000 Kronen täglich.

Diese Zahlen sind nicht bloß für den Umfang und die Wirkung des Generalstreiks kennzeichnend. Man füge dem goldig schimmernden Reigen der Riesensummen in Gedanken noch die Reichtümer hinzu, welche es den schwedischen Scharfmachern ermöglichen, in modischen Badeorten oder auf herrlichen Landsitzen von altem Silber und kostbarem Porzellan zu schwelgen, während die Streikenden vor lärglichen, vielleicht leeren Schüsseln sitzen! Auch den Begriffsstutzigsten muß dann eine Ahnung davon aufdämmern, wie märchenhaft ertragreich das Mühen der ausgebeuteten Habenichtse ist, und welche geduldige Lämmlein diese doch sind, daß sie nicht überall und stets mit ganz anderer

Energie und Wucht für ihre Befreiung kämpfen. Außerdem: die nämlichen Kapitalisten, welche viele Zehntausende skrupellos aufs Pflaster warfen, um Konfektionsarbeiterinnen und Textilarbeiterinnen vom armseligen Verdienst abbrechen zu können; die nämlichen Kapitalisten, welche bei jedem Pfennig Lohnerhöhung und jedem dürftigen bißchen Arbeiterschutz händelnd den „Ruin der nationalen Industrie“ beweinen, lassen sich in diesem Kampfe Millionengewinne entgegen, vergeuden Millionen. Warum? Weil sie, die gemeiniglich ebenso gute als die Arbeiter schlechte Rechner sind, sich das Herrenrecht unbeschränkter Ausplünderung der proletarischen Massen erhalten wollen. Ist das nicht von der anderen Seite her ein Beweis für deren schäzgeschaffende Fruchtbarkeit und Macht?

In der dritten Woche nun schon existieren als Feiernde die, welche aus der Hand in den Mund zu leben gezwungen sind. Ein Geheimnis, ein Wunder fast dünkt es den Klugen, die nur mit den groben materiellen Triebkräften im Proletariat zu rechnen wissen. „Die unwälzende Praxis“ — um mit Marx zu reden — hat wieder einmal wie schon in der russischen Revolution die Antwort auf eine Frage gegeben, die in der Theorie breit und heftig erörtert wurde: Wie können die Enterbten in den Tagen des Massenstreiks ihren Unterhalt fristen? Soweit es Armen möglich ist, Vorsorge für eine begrenzte Zukunft der Verdienstlosigkeit zu treffen, haben sich die schwedischen Proletarier auf den Ausstand vorbereitet. Denn schon längst empfanden sie das Bedürfnis nach einer großen Auseinandersetzung mit dem aussperrungstollen Scharfmachertum, und nur ungern fügten sie sich den zügelnden Losungen ihrer gewerkschaftlichen Führer, die in hochgespanntem Verantwortlichkeitsgefühl die Kräfte hüben und drüben wägend den Zeitpunkt dafür hinausshoben. Als schließlich die Order zum Generalstreik fallen mußte, deuchte sie den drängenden Massen eine Erlösung. Die Jahreszeit ist in Schweden den kämpfenden günstig: überall fast beut sie auch den Besitzlosen Fische und auf dem Lande und in den kleinen Städten einen Reichtum an Beeren. Und das Entscheidende: die Streikenden und ihre Familien nehmen freiwillig und gern auf sich, wozu die Goldgier der Kapitalisten sie so oft zwingt: sie entbehren, sie darben. Zwei Wochen lang ist nicht von Unterstützung der Ausständigen die Rede gewesen. Jetzt erst greift die Streikkasse helfend ein, aber auch nur für die „Bedürftigsten“. Der Triumph der gemeinsamen Sache liegt aber den kämpfenden Männern und Frauen mehr am Herzen als die Abwehr ihrer persönlichen Not. Ihr Wille steift den Stolz, steigert das Partgefühl. Von 1200 Mitgliedern einer Stockholmer Gewerkschaft haben sich nur 80 als unterstützungsbedürftig gemeldet. Was müssen sie geduldet haben, um ihre Hand auszustrecken?

Aber trotz einer Opferwilligkeit, welche allein schon die schwedischen Kämpfer zu Helden erhebt, sind Riesensummen nötig, um ihnen ein Aushalten bis zum Sieg zu ermöglichen. Wir verzeichnen es daher mit freudiger Genugtuung, daß die Klassenbewußten Proletarier Deutschlands durch die Tat bekunden, daß sie sich einer Erkenntnis und eines Willens mit ihren schwedischen Brüdern und Schwestern fühlen. Bis zum 21. August hatten sie fast eine halbe Million — rund 433 000 Mark — für den Kampf aufgebracht. Glänzend betätigt sich die Solidarität der Arbeiter im kleinen Norwegen mit seinen 2½ Millionen Einwohnern. Der Streikfonds hat von dort bereits über 114 000 Kronen erhalten; auch aus Dänemark sind ihm große Beträge zugeflossen. Die wortreichen französischen Syndikalisten haben dagegen bis jetzt nichts zur Unterstützung „der direkten Aktion“ in Schweden getan, und die geldreichen englischen Trade Unions ließen den „rein gewerkschaftlichen Kampf“ ohne Hilfe.

Wir haben bereits in der letzten Nummer darauf hingewiesen, daß der schwedische Generalstreik vor allem auch als großes geschichtliches Schulbeispiel die Sache des kämpfenden Weltproletariats ist. Noch ist die Zeit nicht gekommen, um alle die Erkenntnisse auszuschöpfen, die er in seinem gewaltigen, fruchtbringenden Schoße trägt. Aber schon hat er hell und allen sichtlich bestätigt, was Genosfin Luxemburg zuerst in ihrer

Broschüre lichtvoll aufgezeigt hat: nämlich daß der Massenstreik in Zeiten höchster sozialer Spannung die klassische Bewegungsform des Proletariats ist. Schon hat er ein anderes erhärtet: daß zielbewußter Wille im Proletariat die reichsten Springquellen ideeller und materieller Kräfte zu erschließen vermag, Kräfte, die sich nicht wägen und messen lassen, die sich aber in unwiderstehliche Macht umsetzen. Und so klingt es von dem gewaltigen Schlachtfeld des Klassenkampfes in Schweden zu den Heloten des Kapitals in der ganzen Welt herüber: Rüstet!

Preussische Rückständigkeit in der Gewerbeaufsicht.

gh. Die Handels- und Gewerbekommission des preussischen Dreiklassenhauses hat unmittelbar vor dem Schluß der Session einen ausführlichen Bericht erstattet über den Antrag Borgmann und Genossen, betreffend die Heranziehung von Ärzten, Arbeitern und Frauen zur Gewerbeaufsicht. Die Kommission hat diesen Antrag der Sozialdemokraten mit 18 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Sehr lehrreich ist die Art und Weise, wie die Kommission sich mit den einzelnen Forderungen des Antrags abgefunden hat. Sie verwarf die Anstellung von Ärzten als Mitglieder der Gewerbeaufsicht, weil überflüssig, und die Anstellung praktisch erfahrener Arbeiter als Hilfsbeamte, weil grundsätzlich gefährlich. Dagegen hat die Kommission eine entgegenkommendere Haltung zu der Forderung eingenommen, daß zur Gewerbeaufsicht auch Frauen zugezogen werden.

In dem Antrag war verlangt, „daß in jedem Gewerbeaufsichtsbezirk mindestens eine weibliche Kraft angestellt wird“. In dieser allgemeinen Fassung fand die Forderung nicht einmal die Unterstützung des Berichterstatters, des Zentrumsabgeordneten Dr. Pieper. Es liege, so meinte der Herr, kein Grund vor, Beamtinnen in solchen Bezirken anzustellen, die nur eine verhältnismäßig kleine Zahl gewerblicher Arbeiterinnen aufweisen. Dagegen wünschte er, daß in allen Gewerbeaufsichtsbezirken mit einer größeren Zahl von gewerblichen Betrieben, die Arbeiterinnen beschäftigen, nach und nach Beamtinnen gemäß dem Bedürfnis angestellt würden.

Dieselben Ausführungen machte der Mitberichterstatter, der nationalliberale Abgeordnete Bartling. Es habe eine Berechtigung, weibliche Aufsichtspersonen dort anzustellen, wo besonders zahlreich Arbeiterinnen beschäftigt werden, äußerte Herr Bartling. Und zwar auch deshalb, weil diese Aufsichtstätigkeit, zum Beispiel die Kontrolle der Ausgänge in Konfektionswerkstätten, dem akademisch gebildeten Beamten nicht zugemutet werden sollte. Die Anstellung einer weiblichen Hilfskraft bei jeder Gewerbeinspektion aber würde zwecklos sein, da es in Preußen wesentliche Landesteile gebe, in denen zum Bezirk einer Gewerbeinspektion so gut wie gar keine Betriebe gehören, in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden.

Hierauf gab der Vertreter der preussischen Regierung, Geheimrat Oberregierungsrat Fried aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe, eine Erklärung in demselben Sinne ab: Beamtinnen seien bisher einigen Gewerbeinspektionen mit einer besonders großen Zahl von Arbeiterinnen überwiesen worden. Es bestehe die Absicht, auf diesem Wege auch in den nächsten Jahren weiter fortzufahren. Allen Gewerbeinspektionen Beamtinnen zu überweisen, erscheine dagegen nicht zweckmäßig. In zahlreichen Bezirken, in denen Arbeiterinnen kaum beschäftigt würden, könnten sie ein genügendes Arbeitsgebiet nicht finden.

Damit diese Ausführungen richtig gewürdigt werden, bringen wir die einzelnen Bezirke der Gewerbeaufsicht in Preußen (Regierungsbezirke) mit der Zahl der darin beschäftigten Fabrikarbeiterinnen:

1. Berlin	111 424	Arbeiterinnen in	10 081	Fabriken
2. Düsseldorf	81 193	„	4 900	„
3. Breslau	44 762	„	2 943	„
4. Potsdam	32 229	„	1 865	„
5. Frankfurt a. O.	31 974	„	1 905	„

6. Biegnitz	31 798	Arbeiterinnen in	1 542	Fabriken
7. Oppeln	28 324	„	1 465	„
8. Aachen	22 752	„	782	„
9. Köln	20 220	„	1 375	„
10. Erfurt	18 499	„	993	„
11. Arnberg	18 217	„	1 937	„
12. Wiesbaden	17 155	„	1 496	„
13. Minden	17 106	„	1 198	„
14. Magdeburg	17 095	„	1 446	„
15. Rassel	14 180	„	707	„
16. Mühlstein	14 027	„	913	„
17. Merseburg	13 612	„	1 276	„
18. Schleswig	13 086	„	1 842	„
19. Hannover	12 804	„	854	„
20. Lüneburg-Stade	8 509	„	537	„
21. Stettin-Stralsund	8 324	„	1 169	„
22. Posen	8 288	„	823	„
23. Danzig	8 239	„	566	„
24. Königsberg-Allenstein	6 640	„	858	„
25. Trier	5 700	„	507	„
26. Hildesheim	5 578	„	579	„
27. Koblenz	5 544	„	538	„
28. Osnabrück-Murich	4 167	„	445	„
29. Bromberg	3 800	„	506	„
30. Marienwerder	3 376	„	637	„
31. Köslin	3 042	„	521	„
32. Gumbinnen	2 781	„	443	„
33. Sigmaringen	1 953	„	56	„

Die Zahl der Fabriken, in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden, ist aber tatsächlich größer, als in unserer Tabelle angegeben werden konnte. Denn in den angeführten Zahlen sind nur die Fabriken berücksichtigt, in denen Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt werden. In allen Bezirken aber werden auch solche Fabrikarbeiterinnen in größerer Zahl beschäftigt, die noch nicht 16 Jahre alt sind. Die Zahl dieser Fabrikarbeiterinnen betrug im letzten Jahre für ganz Preußen 75 093. Ein Teil dieser kindlichen Arbeitskräfte ist in solchen Fabriken tätig, die Arbeiterinnen über 16 Jahre nicht beschäftigen. Diese Betriebe fehlen in den Zahlen unserer Zusammenstellung.

Selbst jedoch dann, wenn wir davon absehen, finden wir viele Bezirke mit einer sehr großen Zahl von Fabrikarbeiterinnen und solchen Fabriken, in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden. Weibliche Kräfte stehen aber der Gewerbeaufsicht nur zur Verfügung in den Bezirken Berlin (3 Beamtinnen), Düsseldorf, Breslau und seit dem 1. April dieses Jahres Wiesbaden (je eine Beamtin). Demnach haben die Gewerbeaufsichtsbehörden keine einzige weibliche Hilfskraft selbst in Bezirken wie Potsdam und den in unserer Tabelle folgenden, in denen über 30 000 Arbeiterinnen in fast 2 000 Fabriken beschäftigt sind. Diese Tatsache beweist doch wahrlich genügend, daß Preußen auch in dieser Beziehung sehr, sehr weit hinter dem zurückgeblieben ist, was unbedingt notwendig wäre.

Allerdings hat der preussische Geheimrat versichert, Preußen werde auch fernerhin wie bisher mehr und mehr Frauen als Hilfsbeamte der Gewerbeaufsicht in den Bezirken mit einer besonders großen Zahl von Arbeiterinnen anstellen. Diese Erklärung gab der Herr im März dieses Jahres ab. Am 1. April ist dann wirklich die Zusage wenigstens für dieses Jahr erfüllt worden: eine einzige Beamtin wurde mehr eingestellt. Das ist das Tempo, in dem die preussische Sozialpolitik vorwärts marschiert.

Die Gewerbeaufsichtsbeamtinnen haben aber nicht allein die Fabriken zu besichtigen. Ihnen fällt auch noch die Kontrolle vieler anderer Betriebe zu, für die der Bundesrat auf Grund der Gewerbeordnung Schutzvorschriften für die beschäftigten Arbeiterinnen erlassen hat. Ganz besonders wichtig endlich ist die Aufsicht darüber, ob die Vorschriften des Kinderschutzgesetzes beachtet werden. Um dies zu kontrollieren, ist das große und nur zu wichtige Gebiet der Hausindustrie zu bearbeiten. In dieser Beziehung geschieht in Preußen so wenig, daß es kaum der Rede wert ist. Und der Grund dafür liegt darin, daß die Gewerbeaufsichtsbehörden die notwendige Zahl von Aufsichtsbeamten nicht haben. Wenn so, wie es der sozial-

demokratische Antrag fordert, nicht nur in einigen wenigen Regierungsbezirken, sondern in jeder der circa 160 Gewerbeinspektionen mindestens eine Beamtin tätig wäre, dann erst könnte eine ernsthafte Kontrolle in der Hausindustrie durchgeführt werden. Und an Arbeit würde es den Beamtinnen wahrlich nicht fehlen. Trotzdem trat kein einziger bürgerlicher Abgeordneter für den Antrag der Sozialdemokraten ein. Von den Sozialdemokraten aber gehörte keiner der Kommission an.

Der Tiroler Aufstand im Jahre 1809.

III. Der Aufstand.

Der Tiroler Baron Hormayr, der bei der Organisation der Erhebung als österreichischer Oberintendant für Tirol eine bedeutende Rolle spielte, stellt — freilich in satter Eitelkeit einigermaßen übertreibend — die Sache so dar, als ob der Sandwirt rein gar nichts gewesen sei als seine Kreatur. Hormayr macht einmal die witzige und im Wesen treffende Bemerkung: Hofer sei der Bundeslade vergleichbar, die das Volk Israel andächtig mit sich führte und von deren schützender, stiegfördernder Kraft es abergläubisch überzeugt war. Es wäre völlig verkehrt, so, wie es in patriotischen Lesebüchern aus irgend einer Befangenheit geschieht, Hofer als die wichtigste Persönlichkeit des Tiroler Aufstandes zu behandeln. Ebenso falsch wäre es, so, wie es unentwegt „Kulturkämpfer“ noch heute tun, den Tiroler Aufstand als das Werk einer kleinen Minderheit rachsüchtiger Dunkelmänner aus der Geistlichkeit darzustellen, die den Bauer mißbrauchten, um der bayerischen Regierung ihre Kirchenpolitik heimzuzahlen und im Trüben Vorteile zu finden. Derartige Betrachtung wäre der ganze Jammer liberaler Geschichtsklitterung, die immer nach „Geschichte machenden“ Persönlichkeiten und Persönlichkeiten schnuppert und das Weltgeschichtliche mit der neugierigen Seelengröße betrachtet, mit der der Bürger Familienhistörchen aus dem Bekanntenkreise betrachtet. Wir kennen die großen weltgeschichtlichen Bewegungen, zu denen sich die bayerische Politik in Tirol verhielt wie das Echo zur Stimme — und wir werden die Tiroler Insurrektion nur als eine zweite Brechung jenes großen Schalles betrachten dürfen. Der Tiroler Aufstand war eine notgedrungene Massenbewegung, die nicht durch die Privatmotive einzelner angestoßen und nicht durch die persönliche Kraft einzelner zu Ende getrieben wurde. Er war eine Massenbewegung, die sich aus der Not der Gesamtheit, aus einem breiten politischen Unbehagen organisierte und sich geradezu führerlos behauptete: denn dort war jeder und keiner Führer, wie es nur in einer demokratischen Gesellschaft sein mag, und jeder hatte dort das Recht, kommandierend anzufeuern: „Mander, seid's tapfer!“

Die Tiroler Insurrektion ist in ihrer Form, in ihrer Gesinnung, in ihrer Technik, in allem dem, was man zusammenfassend Stoßkraft, Dynamit nennen könnte, durch und durch demokratisch gewesen. Zehnmal mag man versichern, daß diese Bewegung reaktionären Zwecken oder Erfolgen diene: daß sie die Herrschaft des Klerus, die Herrschaft eines ziemlich engen Lokalpatriotismus, die Herrschaft tausend beschränkender Vorurteile sicherte — daß sie die Geschäfte eines bornierten Autokraten besorgen half, wie Franz II. es gewesen ist. Man kommt trotz allem nicht darüber hinweg, daß sich in jenem Krieg von 1809 die Kraft demokratischen Gemeinschaftslebens bewährte, allerdings eines Gemeinschaftslebens, das kleinbäuerlich nach rückwärts gewandt war und alle Züge eines kleinbäuerlich beschränkten Wesens trug. Wenn man sagt, daß die Tiroler Bauern von den Pfaffen und der Hofburg dupiert wurden, so sagt man damit über den demokratischen Charakter dieser Volkserhebung nichts aus. Man könnte ebensowohl dem Bergstrom einen Vorwurf daraus machen, daß er eine kapitalistische Turbine dreht. Die Tiroler Insurrektion war ein elementarer Bauernprotest gegen die Störung des Tiroler Eigenlebens — und wir haben gesehen, daß dieses Eigenleben wesentliche Merkmale der alten

bäuerlichen Demokratie besaß. Trotz allem Klerikalismus, trotz aller schwarzgelben Sentimentalität und allem königlich-kaiserlichen Patriotismus war dieser Kampf doch ein Kampf gegen den liberalisierenden Polizeistaat, gegen die zentralistische Bureaucratie, die Bayern importierte — ein Kampf um die politische Selbstbestimmung Tirols! Und dieser Kampf — wir wiederholen es — war Selbstbewegung, war ein automatisches Wuchten der Volksmasse.

Wenn wir die Reihe der Personen passieren lassen, die im Aufstand eine besondere Rolle spielten, so trifft man nirgends einen Diktator, nirgends eine imperialistische Natur, aber eine Menge demokratischer Intelligenzen.

Hofer, der dem Aufstand die Etikette gab, war so ziemlich der unbedeutendste unter den Hauptleuten. Eben darum wurde seine „Macht“ ertragen, weil sie nur Symbol, nur Formel, nur Schaustück war. Daß Hofer sehr dürftige Kenntnisse besaß, entscheidet wahrlich nicht über seine Bedeutung. Aber er besaß auch nicht jene natürliche Urteilsbestimmtheit, jene zugehende Sicherheit der politischen und strategischen Instinkte, die genial ohne lange zu überlegen immer das rechte Wort findet. Hofer war ein Mann von Gesinnung, aber nach Verstand und persönlicher Entwicklung war er höchst beschränkt. Seine letzte Zuversicht war nicht etwa eine verlässige Geistesgegenwart — die er nicht besaß —, sondern sein schöner Rosenkranz, die heilige Mutter Gottes und das „kläpernde Glas!“ mit dem Tiroler Spezial. Der Nimbus, den eine patriotische Legendenbildung um den Sandwirt wob, der Nimbus, von dem im Grunde eigentlich niemand weiß, was er ist — er hat tatsächlich keine Rechte. Mitten in den Kriegsläufen fand der biedere Hofer ganz naiv die Zeit, mit Pferden und Sattelzeug zu handeln. Als man nach der Vertreibung der Bayern und nach dem Rückzug der österreichischen Hilfsarmee eine provisorische Verwaltung einrichtete, begnügte er sich damit, die Verwaltungsmaßregeln zu kopieren, die der wohlgeschulte österreichische Intendant Hormayr getroffen hatte, die „Freizettel“ seiner „Schreiber“ mit seinem „Anderer Hofer“ zu zeichnen, gegen die Väter unehelicher Kinder ins Zeug zu gehen und die Sitten durch eine Verordnung gegen die Entblößung der Frauen zu reinigen, in der es heißt: „Die Weiberleute sollen sürohin nicht mehr ihre Herzer und Arme unter so hudriges Zeug stecken, daß man das nackte Fleisch sehen kann, ansonsten man es ihnen mit Kot verwirft.“ Der Zug ist echt: die Beschränktheit ist immer „sittlich“. Seit dem Abzug der österreichischen Hilfskorps — die Tirol dem Waffenstillstand von Znaim vom 12. Juli zufolge räumen mußten — nannte sich Hofer „Oberkommandant von Tirol“. Der Titel entsprach aber mehr seiner harmlosen Eitelkeit als seiner Tätigkeit, die sich doch wesentlich auf eine kindliche Mimik beschränkte, die der Bayer auch „Geschäftshuberei“ nennt. Hofer reagierte auf plumpe Schmeicheleien; wer ihn zuletzt beriet, behielt Recht. Mit unbewußter Demagogie gab er den Forderungen seiner Leute nach — selbst wenn er unbilliges Verlangen hörte. Obwohl es ihm an persönlicher Tapferkeit nicht gebrach, hielt er sich während der großen Kämpfe von 1809 mit drolliger Präntension hinter der Front in seinen „Hauptquartieren“, die immer durch Flaschenbatterien markiert waren. Das Geheimnis seiner Popularität war einfach. Er war seit dem Landtag von 1790 bekannt, er war ein vielbesuchter Wirt, ein lieber, guter Kerl mit anständigen Grundbegriffen und — sehr wesentlich — eine repräsentative Erscheinung: er hatte den prachtvollen Vollbart, um dessentwillen es sich lohnen würde, eine allgemeine sozialpsychologische Untersuchung über das Verhältnis zwischen Bart und Popularität zu schreiben. Ganz gewiß hat dieser Vollbart auch an Hofers traurigem Ausgang Anteil gehabt. Der Sandwirt konnte sich aus einem höchst charakteristischen Eigensinn nicht entschließen, sich rasieren zu lassen, als man seine Spuren suchte. Hofers Geist war unkritisch; aber sein Willensleben war nicht bloß lenkbare Gutmütigkeit, sondern auch beharrliche Laune.

Ungleich bedeutender als Hofer war Spedbacher. Er hatte die vollsaftige Genialität des Natursohnes: Leidenschaft,

Witz, maßlose Kühnheit, Geistesgegenwart, Unterscheidungsvermögen in Auge und Hirn. Er war eines der vielen Kinder eines armen Bauern. Eine Zeitlang ertrug's der wilde Bube als Hütelunge; dann lief er weg und wuchs sich zu einem raffigen Wildschützen aus, der mit den Gemen kletterte und jauchzend die Abenteuerromantik seines Daseins empfand. Nachdem er sich halbwegs ausgerastet hatte, nahm er ein Tiroler Mädel, das auf einem hübschen Gut saß, und wurde ein tüchtiger, immer munterer Hauswirt.

An Kraft des Temperaments blieb Haspinger hinter Speckbacher nicht zurück. Aber er war ganz anders. Er trug seine Leidenschaftlichkeit in das Leben des Priesters hinein. Er war die innige Vereinigung des Volksmannes, ja des Volkes selber mit der katholischen Kirche. Haspinger, der aus einer begüterten Bauernfamilie kam, studierte in Innsbruck „auf“ ein Ding, das man dort Philosophie nannte. Aber die Begriffswirtschaft verdünnte nicht sein Blut. Er war dabei, so oft die Tiroler gegen die Franzosen aufstanden. Biewohl er in den Kapuzinerorden trat, nahm er die Waffe in die Rechte. Die Linke, die das Kreuzigt hielt, wußte nichts davon, was die Rechte tat. Er gab im Kampf Proben einer sagenhaften Bravour; sein Rachebedürfnis — im Kloster zu Schlanders war er von Hofstetten aufgehoben worden —, seine bis zum abergläubischen Wahnwitz eines Moslim erhitzte Frömmigkeit, sein natürliches Vandalentemperament trieben ihn zu unbegreiflichen Kriegstaten. Kein Wunder, daß dies Volk seiner Geistlichkeit vertraute, wenn es den rotbärtigen Mönch erblickte, der, im dichtesten Gewimmel oft bloß mit dem klobigen Bergprügel bewaffnet, die bayerischen Soldaten herkulisch zusammenhieb und die sterbenden Landsleute mit dem Kreuz zu flüchtigem Segen berührte!

Die Galerie der fesselnden Persönlichkeiten des Aufstandes ist fast endlos. Kaum hat je ein Krieg verhältnismäßig so viel charakteristische Einzelfiguren gezeigt, die sich bei aller Individualität doch so eins fühlten und so leidenschaftlich in der Masse, in der Gemeinschaft aufgingen. Auch Hofer trennte sich im Grunde nicht von der Gesamtheit, wiewohl er den Sonderhelden spielen mußte.

Eine ausgeführte kriegsgeschichtliche Darstellung des Aufstandes liegt außerhalb der Zwecke dieser kleinen Skizze, die nur einige Hauptlinien bloßlegen will. Überblicken wir ganz rasch die Tafel der Ereignisse.

Osterreich, von Napoleon zu hart zur Erde hinabgepreßt, schnell 1809 auf und bereitet den Krieg vor. Die Not treibt eine Welle demokratischen Gefühls durch die Regierung. Die verküchertsten Hofleute fühlen, daß gegen Napoleon nur das Volk in seiner Breite hilft. Graf Stadion eröffnet eine ebenso notgedrungene als kurze liberale Reform. Im deutschen Norden erheben sich Schill, Dörnberg, Braunschweig; die Hofburg versucht, sich mit diesen Insurgenten in Fühlung zu setzen — namentlich aber nimmt sie die Erbitterung des erregten Tirol wahr. Sie sendet ihm eine Hilfsarmee unter dem Feldmarschallleutnant Marquis Chasteler. Gleichzeitig mit dem österreichischen Militär — Anfang April — kommen massenhaft Proklamationen ins Land, die anzeigen sollen, daß der Moment der Befreiung da ist. Längst sind die Tiroler von bewährten Landsleuten auf den Augenblick vorbereitet. Zwei Tage — und Innsbruck ist von 20000 Tirolern eingeschlossen. Die bayerischen Zivilbehörden und die bayerische Besatzung sind überrajcht. In scharfem Kampfe triumphieren am 12. die Tiroler. Wer von den Gegnern nicht fällt, gerät in tirolische Gefangenschaft. Der französische General Bisson, der gegen den Mittelpunkt der Insurrektion vorrückt, kapituliert mit mehreren Regimentern vor dem fetten tirolischen Insurgentenfürher Teimer in der Nähe der Hauptstadt, ohne überhaupt an die Waffen zu appellieren. Gleichzeitig sicht der Deutschtiroler glücklich in Südtirol gegen den Franzosen Baraguay d'Hilliers. Ehe der schon greisenhafte, gemächliche Chasteler überhaupt den Arm erhebt, ist Tirol von Bayern und Franzosen befreit. Aber die Schlacht von Regensburg, in der Napoleon den Erzherzog Karl besiegt, senkt mittelbar auch die Chancen der Tiroler. Die

österreichische „Hilfsarmee“ wird allmählich zur Unterstützung der österreichischen Hauptarmee nötig; mit einem Teil des Hilfskorps nur bleibt Buol-Bärenburg im Lande zurück. Wien gerät in die Hände der Franzosen, und schon rückt ein starkes bayerisches Korps den Inn herauf. Der Insurgentenfürher Oppacher verteidigt den Strubpaß mit wahnsinniger Tapferkeit. Chasteler begegnet auf dem Rückweg der Division Brede und erliegt gegnerischer Übermacht wie eigener Unklugheit bei Wörgl. Raubend und brennend zieht der Sieger im Inntal aufwärts. Aber Erzherzog Karl besteht Napoleon bei Aspern; die Sache der Bayern in Tirol verliert Glanz und Rückhalt. Am 29. Mai kämpfen die Insurgenten bei Innsbruck mit hervorragender Tapferkeit gegen die Bayern, die sich eilends zurückziehen. Innsbruck fällt abermals in die Hände der Insurgenten. Da gewinnt Napoleon die Schlacht bei Wagram. Abermals fallen die Hoffnungen der Tiroler. Der Waffenstillstand von Znaim vom 12. Juli zwingt — wie angedeutet — die österreichische Regierung, ihre ganze Streitmacht aus Tirol zurückzuziehen, die zwar nichts geleistet, aber doch einigermaßen beruhigt hat. Tirol ist sich selber überlassen. Unter dem erneuten Oberkommando des französischen Marschalls Lesèbvre, Herzogs von Danzig, eines etwas grotesken Elässers, rücken die bayerischen Generale Deroy und Brede zum zweitenmal in Tirol ein. Osterreichische Soldaten desertieren zu den Tiroler Bauernheeren. Lesèbvres Vorhut, sächsisches Militär, wird nicht weit von Sterzing in einem Engpaß durch die Kernschüsse und die entsehlischen Steinbatterien der Tiroler vernichtet. In jammervoller Unordnung erscheint der Marschall in Innsbruck. Am 13. August kämpfen die Tiroler zum drittenmal erfolgreich in der Nähe der Hauptstadt: zum drittenmal wird Tirol von den Feinden befreit. Haspinger, der Kapuziner, wird tollkühn und will direkt gegen Napoleon losziehen; er und der klarere Speckbacher beschränken sich aber darauf, den Feind im Salzburgerischen zu beunruhigen. Der Kaiser Franz schießt Hofer eine goldene Gnadenkette — bayerische Publizisten behaupten freilich, es habe sich um eine pfäffische Komödie gehandelt, von der Franz nichts wußte. Am 14. Oktober schließt Franz II. Frieden mit Napoleon. Tirol bleibt Osterreich entzogen; durch diesen Frieden von Schönbrunn wird es in drei Teile zerstückelt und Bayern teilweise abgenommen. Aber trotz der väterlichen Ermahnungen, an denen es Franz nicht fehlen läßt, will sich Tirol mit seinem Schicksal nicht beruhigen. Hofer selber allerdings legt auf die Kunde vom Frieden die Waffen gehorsam nieder. Der Aufstand verliert Einheitlichkeit und Kraft. Unter dem Einfluß der verschiedensten Berater wechselt der halt- und urteilslose „gewöste Oberkommandant von Diroll“, dem jeder Überblick über die europäischen Verhältnisse fehlt, nicht weniger als siebenmal die Meinung und die Politik: bald ruft er zu den Waffen, bald fordert er Ruhe. Eine Proklamation des Bizelönigs Eugen von Italien, des Stiefsohns Napoleons, verbietet am 25. Oktober das weitere Tragen von Waffen bei Todesstrafe. Trotzdem kämpft der Wirt Peter Mayr bei Mexan im November einen furchtbaren Kampf gegen den französischen General Rusca. Er wird ergriffen und standrechtlich erschossen. Im Dezember klingt die Erhebung mit kleinen Lokalkämpfen aus. Wie Mayrs, so wartet Hofers der Tod wegen Ungehorsams gegen die Proklamation Eugens. Man muß es diesen Männern lassen: sie wissen zu sterben, wie je die Helden des Altertums! Peter Mayr soll geschont werden, wenn er aussagt, er habe die Proklamation Eugens nicht gefannt. Er schätzt den Wert seines Lebens zu hoch, um es gegen eine Lüge einzutauschen, und läßt sich mit stolzem Verzicht auf ein mildes Urteil füßlieren. Auch Hofer erhält Gelegenheit, sich zu retten. Er verschmäht sie. Mit einer wunderbaren Hartnäckigkeit, die moralisch höher steht als politisches Klugsein, bleibt er im „Land“, das er mit einem großartigen rührenden Heimatgefühl innig umfängt. Biewohl ihm Freunde für Weib und Kinder einstehen, wiewohl der Tag froher Heimkehr nicht ausbleiben kann, weist Hofer jede Gelegenheit ab, zu entkommen. Seine einzige Schutzmaßregel ist die Flucht auf eine tief verschneite Alm in den Heimatbergen.

Ein Tropf von Landsmann gewinnt die Prämie, die auf Hofers Kopf gesetzt ist: anderthalb Regimente Italiener rücken aus, den „général Sanvir“ (Sandwirt) zu fangen — und bübisch zu mißhandeln. Noch glaubt Hofer nicht an den Tod. Das Kriegsgericht ist ihm nicht unfreundlich gesinnt. Aber eine Depesche aus der Nähe Napoleons befiehlt, daß man den Mann binnen 24 Stunden erschieße. Der empfindsame Hüne, den jede Bagatelle zum Weinen bringt, hört sein Urteil mit römischer Gelassenheit! Er, der geistig Arme, hat schließlich das vornehme Bedürfnis, zu büßen — nicht weil er dem Befehl ungehorsam war, sondern weil er im Krieg getötet hat. Er kommandiert mit offenem Auge und stehend die Salve; aber die schlechten Schüsse bringen den starken Leib nicht um. Ein Korporal muß ihm die Flinte an die Schläfe setzen. Marschall Berthier hört „mit Bedauern“ von der Erschießung in der Festung von Mantua und versichert verbindlich, der Vorfall werde Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen sehr peinlich sein. . . .

Dies etwa ist die Geschichte der Tiroler Insurrektion vom Jahre 1809. Sie ist von unendlicher Einfalt, aber wer mag leugnen, daß sie volkstümliche Größe hat?

Heute stehen die Probleme anders. Die Idee der Selbstbestimmung der Massen, der jene Tapferen in dunklem Drange verworren dienten — sie ist geläutert die höchste politische Idee des internationalen Proletariats. Wir tragen dem Tiroler Volk nichts Fremdes, Unbegreifbares zu, wenn wir mit unserer Agitation zu ihm kommen. Und nicht einmal, daß wir unserer Idee eine ganz besondere Form geben müßten. Längst hat der Kapitalismus in den stillen Tälern Wurzeln gefaßt: die Fremdenindustrie in ihrem ganzen Umfang ist dem Tiroler ein lebendiges Exempel kapitalistischer Erwerbsart — Erwerbsunart. Früh oder spät kommt die Zeit, wo wir der idealen Sehnsucht des Tirolers, die sich bisher fromm dem Kaiser und der Kirche entgegenstreckte, die höheren Ziele der Menschheit zeigen können, die in unserem Parteiprogramm zusammengefaßt sind.

Dr. Wilhelm Hausenstein.

Anmerkung. Aus der Literatur sei hervorgehoben: Andreas Hofer und die Tiroler Insurrektion im Jahre 1809. (Mit Urkunden.) München 1810. Anonym. — Ignaz Joseph v. Hormayr: Geschichte Andreas Hofers. . . Durchgehends aus Originalquellen. Leipzig und Altenburg 1817. Anonym. — Joseph Rapp: Tirol im Jahre 1809. Innsbruck 1852. — Beda Weber: Das Tal Passeier und seine Bewohner. Innsbruck 1852. — Hans Schmölzer: Andreas Hofer und seine Kampfgenossen. Innsbruck 1900. (Biographisch-kriegsgeschichtlich, in der Gesamtaufassung öd konventionell und kritiklos.) — Joseph Hirn: Tirols Erhebung im Jahre 1809. Innsbruck 1909.

Die Hinterbliebenenversicherung.

Vortrag von Ed. Gräf auf dem Krankentassenkongreß in Berlin.

(Fortsetzung.)

Die Renten selbst sollen sich nach der Höhe der Invalidenrenten richten. Dies ist besonders zu beachten, weil ja damit beide Versicherungen in engsten Zusammenhang kommen werden. Es soll selbst bei der höchsten Zahl der Kinder die Rente für alle Hinterbliebenen nicht mehr betragen als das Anderthalbfache der Invalidenrente, auf die der Verstorbene Anspruch gehabt hätte. Würde also die Invalidenrente eines armen Teufels nur 160 Mk. pro Jahr betragen haben, so wird seine ganze Familie nur eine Rente von 240 Mk. pro Jahr oder 20 Mk. pro Monat erhalten. Gegen die Höhe beziehungsweise Niedrigkeit der Rente muß entschieden mit der Kritik eingesezt werden. Es wäre ja eine Verhöhnung der Arbeiter, ihren Hinterbliebenen zuzumuten, mit einer solchen Hungerrente auszukommen, das aber obendrein in den Zeiten der kolossalen Preissteigerung der Lebensmittel, und nachdem die Regierung selbst diese künstlich noch verteuert hat.

In dieser Situation ist es doppelt notwendig, daß die Invalidenrenten entsprechend erhöht werden. Die Krankentassen spüren die unzureichenden Invalidenrenten am eigenen Leibe. Täglich müssen vom Hunger getrieben Tausende Halb- und

Ganzkränkliche wieder neue Arbeitsverhältnisse suchen und werden dadurch Mitglieder der Krankentassen. Invaliden sind aber schlechte Risiken für diese, denn nach einigen Wochen, oft auch nur Tagen anstrengender Arbeit bricht der notdürftig Hergestellte wieder zusammen. Sein Organismus ist ja ohnehin erschöpft durch die Krankheit und die Unterernährung, die Folge der ungenügenden Renten, die oft viermal niedriger sind, als das Krankengeld während 26 Wochen betrug. Von neuem muß die Krankentasse nun Unterstützung bezahlen. Unrichtig ist es daher, zu behaupten, daß die Invalidenversicherung den Krankentassen eine Erleichterung gebracht hätte. Die Invalidenrenten müssen also unbedingt erhöht werden, weil sie sonst für die Invaliden selbst vollständig unzureichend sind und für die neue Hinterbliebenenversicherung eine gewisse Gefahr bedeuten.

Der neue Gesezentwurf macht trotz aller dieser Tatsachen mit der Höhe der Rente bei der seitherigen Verdienstgrenze halt. Bei einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 Mark hört in der Invalidenversicherung die Steigerung der Rente auf. Man beachte dabei, daß in der Krankenversicherung der höchste angerechnete Lohnsatz 5 Mk. pro Tag beträgt, und daß die Unfallversicherung heute eigentlich gar keine bestimmte Grenze für die Anrechnung des Verdienstes der Lohnarbeiter festsetzt, sondern nur bestimmt, daß Löhne über 1500 Mk. bloß mit einem Drittel anzurechnen sind. Es kommt weiter hinzu, daß die Regierung Rücksicht auf die Bewegung der Privatangestellten nehmen und für diese eine besondere Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung einführen will. Dagegen muß heute schon mit aller Entschiedenheit protestiert werden. Wir befinden uns dabei im Einverständnis mit einer erheblichen Minorität der Angestellten selbst, die keine besondere Versicherung für sich, sondern eine Angliederung an die Invalidenversicherung fordern, die natürlich entsprechend ausgebaut werden müßte. Diese einsichtigen Elemente wenden sich dagegen, daß sie zum sogenannten „neuen Mittelstand“ gezählt werden, dem man mehr Rücksicht schuldig sei als den Lohnarbeitern.

Ein „Mittelstand“, der in einem Lohn- und Arbeitsverhältnis steht, ist eben kein Mittelstand mehr, es handelt sich dabei um Kopfarbeiter, welche gar keine Ursache haben, sich in dieser wichtigen Frage von ihren Leidensgenossen, den Handarbeitern, zu trennen. Die beiden anderen Geseze, Kranken- und Unfallversicherung, nehmen ja bis jetzt auch keine besondere Rücksicht auf diesen „neuen Mittelstand“. Man darf die Interessen der übrigen Versicherten nicht schädigen, indem man für eine bestimmte Klasse der Lohnarbeiter besondere Versicherungen fordert. Alle Teile des arbeitenden Volkes haben in dieser Frage zusammenzuarbeiten und für die Zukunft ihrer Familien zu sorgen. Die Hauptfrage ist dabei die Höhe der Rente. Das Geld ist gleich gemünzt. Um eine weitere unheilvolle Zerspaltung der Versicherungen zu verhüten, müssen wir eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 Mk. fordern. Alle die in Betracht kommenden Personen sollten in den Rahmen der Versicherung einbezogen werden. Damit würden auch alle privaten Ersparnisinstitute fallen, welche geplant sind. Damit aber die Versicherung bis zu der angegebenen Verdienstgrenze gehen kann, muß notgedrungen die Zahl der Beitragsklassen entsprechend erhöht werden. Schon der Allgemeine Kongreß der Krankentassen im Mai 1908 hat durch die Leitfäße zum Referat Bauers gefordert, daß die Zahl der Beitragsklassen auf zehn erhöht werde.

Von der allergrößten Wichtigkeit ist natürlich die Höhe der Hinterbliebenenrenten selbst. Ich sagte schon eingangs meiner Ausführungen, daß man bei den ersten Beratungen dieser Frage im Reichstag und auch in der Öffentlichkeit nur von Renten an alle Witwen und deren Kinder usw. gesprochen hatte. Auch die übrigen Geseze zugunsten von Hinterbliebenen machen betreffs deren Fürsorgeberechtigung keine Ausnahmen. Der Staat hat für die Witwen und Kinder seiner Beamten gewisse Renten festgesetzt, die Gemeinden folgten diesem Beispiel, ebenso kennt die Unfallversicherung nur die Entschädigung der Witwen und Kinder. Erst bei der späteren Beratung des Zolltarifs, nach-

dem die Hauptbeute der Agrarier und Schlotbarone unter Dach und Fach gebracht war, und die Regierung die Mehreinnahmen hatte, die sie für Kanonen und derartige „Kulturzwecke“ verwenden wollte, kamen die Bedenken, die zu der erwähnten Einschränkung führten, daß nur die „hilfsbedürftigen“ Witwen eine Rente erhalten sollten.

Über den Genuß der Rente entscheidet zuerst die Frage nach dem amtlichen Ausweis über die vollzogene Trauung, damit ja keine „ungetraute“ Witwe in den Besitz der hohen Unterstützung komme. Ob es den armen Menschenkindern, um deren Hinterbliebenen es sich handelt, im Leben möglich war zu heiraten und den erzeugten Kindern den Vaternamen zu geben, darum kümmert sich niemand. Dann entscheidet noch die weitere Bedingung über den Rentenbezug, daß die Witwe auch Invalide sei.

Die deutschen Arbeiter sollen also keine Witwenversicherung erhalten, sondern es sollen nur Renten an invalide Witwen gezahlt werden. Bei der ersten Verschlechterung der Pläne sprach man im Reichstag nur von „hilfsbedürftigen“ Witwen. Jetzt ist schon von „invaliden“ Witwen die Rede, was doch etwas ganz anderes ist. Hilfsbedürftig kann auch eine gesunde Witwe sein, wenn sie bei dem Todesfall ihres Ehemannes mit einer Kinderfahne ohne Ernährer dasteht. Die nötige Hilfe sollte in diesem Falle die Witwenrente darstellen, von welcher seit Jahren gepredigt worden ist.

Die Regierung ging bei der Verschlechterung sehr schlau zu Werke. Sie ließ das Wort „Witwenrente“ ruhig im Entwurf stehen, sorgte aber zugleich dafür, daß nur sehr wenige Witwen in den Genuß der versprochenen Rente kommen können. Das wird mit dem „harmlosen“ Wörtchen „invalide“ erreicht. Viele übersehen beim Lesen des Entwurfs dieses kleine Wort und glauben, daß die Regierung ihr gegebenes Versprechen eingelöst habe. Wer aber die Praxis kennt und weiß, mit welchen Schwierigkeiten die Invaliden der Arbeit zu kämpfen haben, bis sie endlich in den Genuß ihrer kargen Rente kommen, der ist auch nicht im Zweifel darüber, daß die Renten der armen Arbeiterwitwen doppelt gefährdet sind. Der Mann soll heute schon mehr als 66% Prozent erwerbsbeschränkt und nicht mehr imstande sein, auch nur ein Drittel des so geringen ortsüblichen Tagelohnes zu verdienen, ehe er für invalid erklärt wird. 26 Wochen lang hat er Krankengeld bezogen, besitzt ein ausführliches Gutachten vom behandelnden Arzt, daß er zu keiner Lohnarbeit mehr fähig ist, und trotzdem glaubt man ihm nicht. Er muß nicht allein den Nachweis erbringen, daß er „ununterbrochen“ seine Krankenunterstützung bezogen hat, er muß sich auch eine Nachuntersuchung durch den Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt gefallen lassen, der oft nach flüchtiger Prüfung die Invalidität verneint. Hält es also schon für den Mann schwer, der doch selber versichert ist, den Nachweis der Invalidität zu erbringen, um wie viel schwerer wird es dann der armen Witwe fallen, ihre Invalidität zu beweisen. Sie ist in den allermeisten Fällen gar nicht gegen Krankheit versichert und kann deshalb auch nicht durch ein ärztliches Gutachten beweisen, daß sie ununterbrochen 26 Wochen lang erwerbsunfähig war; sie ist also einzig und allein auf das Urteil des ihr völlig unbekanntem Vertrauensarztes der Versicherungsanstalt angewiesen. Vertrauensärzte dieser Anstalten werden aber oft nur solche Herren, zu denen die Invaliden sehr wenig Vertrauen haben. Daher der Name „Vertrauensarzt“. In der Praxis wird man oft genug die Invalidität der kränklichen Witwe verneinen, welche keiner Lohnarbeit mehr nachgehen kann. Die Frau ist ja immer noch imstande — „Hausarbeiten“ zu verrichten. Sie sei ja in erster Linie — „Hausfrau“, wird es heißen, und zu dieser Arbeit noch fähig. Leichte Hausarbeiten können, ja müssen die meisten kranken Witwen ausführen, und nur sehr wenige von ihnen werden dabei die Rente erhalten. Und dann der ewige Kampf, die Sorge um den Weiterbezug der Rente! Die invalide Witwe muß in ständiger Sorge und Angst leben, daß sie die kaum gewährte oder erlängte Rente wieder verliert. Fällt die Invalidität fort, so wird ihr auch die Rente entzogen. Neid, Haß, Klatscherei usw. anderer Personen können das Nötige tun, um

der Witwe das Leben so sauer wie möglich zu machen; viele Versicherungsanstalten aber sind für Denunziationen zu haben und werden die Jagd auf „Simulanten“ sehr eifrig betreiben.

Es wäre eine große Ungerechtigkeit, einzig der armen Arbeiterwitwe die Rente vorzuenthalten, deren Gewährung an oft unerfüllbare Voraussetzungen zu knüpfen, den Beamten des Staates und der Gemeinde dagegen ruhig das Recht einzuräumen, für alle ihre Witwen Renten zu verlangen. Auch in der bisherigen Versicherungsgesetzgebung konnte man den Unterschied zwischen arbeitsfähiger und invalider Ehefrau bzw. Witwe nicht. Krankengeld erhält z. B. jede Frau, wenn ihr Ernährer im Spital sich befindet, und die Unfallrente wird auch jeder Witwe vom Tage des Todes ihres Ehemannes ab gewährt. Im § 16 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes heißt es zum Beispiel nur: „Hinterläßt der Verstorbene eine Witwe oder Kinder, so beträgt die Rente für die Witwe bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung sowie für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem 15. Lebensjahr je 20 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes.“ Es erhält also jede Witwe die Rente und nicht nur die invalide Witwe. Weshalb diese Beschränkung jetzt im Hinterbliebenengesetz? Liegt nicht eine große Gefahr für die Witwen der Unfallgetöteten vor, wenn der gegenwärtige Versuch gelingt, nur invaliden Witwen Renten zu zahlen? Gewiß, denn man könnte sich später mit Recht darauf berufen, daß das Gesetz für die Hinterbliebenenfürsorge nur invalide Witwen für bezugsberechtigt erklärt, um eine entsprechende Verschlechterung des Unfallgesetzes zu begründen. (Schluß folgt.)

Ausbeutung und Gefahren in der chemischen Industrie.

Es gibt kaum eine Industrie, die den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit so scharf zum Ausdruck bringt, wie die chemische Industrie, dieses jüngste Kind der modernen Großindustrie. Während die Aktiengesellschaften dieses Wirtschaftsgebiets mit einer Durchschnittsdividende von 15,45 Prozent (1907) in Deutschland den Rentabilitätsrekord schlagen, werden die Arbeiter und Arbeiterinnen mit Löhnen abgesperrt, für die „miserabel“ eine viel zu gelinde Bezeichnung ist. Namentlich, wenn man berücksichtigt, unter welchen Gefahren für Gesundheit und Leben diese Löhne verdient werden müssen.

Aber den chemischen Kapitalisten ist die Ware Arbeitskraft immer noch zu teuer; wenigstens die männliche. Nach der noch billigeren und willigeren weiblichen Arbeitskraft steht ihr Sinn. Während im Jahre 1882 nach der Berufszählung erst 7387 Arbeiterinnen in der chemischen Industrie beschäftigt waren, sind es nach der Zählung im Jahre 1907 bereits 28408; das ist eine Steigerung um 283 Prozent. In demselben Zeitraum stieg die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeitskräfte von 64616 auf 144033 oder um nur 123 Prozent. Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen wuchs also prozentual doppelt so rasch als die Zahl der Arbeiter. Im Jahre 1882 waren erst 10 Prozent der Gesamtarbeiterschaft Frauen; 1907 aber schon reichlich 16 Prozent.

Dieses Anwachsen der Frauenarbeit ist gerade in der chemischen Industrie nicht unbedenklich. Denn der Organismus der Frau wird durch die in dieser Industrie erzeugten und verarbeiteten Gifte und Säuren naturgemäß noch weit mehr geschädigt wie der des Mannes. Wenn auch die Verwendung der Arbeiterinnen für eine Reihe der gefährlichsten Beschäftigungen durch gesetzliche Verordnungen verboten oder eingeschränkt ist, so bleiben doch noch Verrichtungen genug, die für den weiblichen Organismus geradezu verhängnisvoll werden können. Noch bis vor wenigen Jahren hat die schreckliche Phosphornekrose zahlreiche blühende Arbeiterinnen zu spulhaft entstellten Geschöpfen, zu wandelnden Leichen gemacht, und noch heute sind die Arbeiterinnen bei zahlreichen Verrichtungen den Einwirkungen der gefährlichen Kohlenstoffverbindungen ausgesetzt, die nicht nur die Gesundheit der Frau schädigen, sondern auch keimendes Leben töten und bei längerer Beeinflussung

die Zeugungskraft überhaupt aufheben. „Es ist zweifellos, daß die Arbeiterinnen, die mit solchen Giften arbeiten, die Fähigkeit, Kinder richtig anzutragen, verlieren oder überhaupt unfruchtbar werden, und daß die Arbeiter, die derartige Gifte berufsmäßig aufnehmen, einen kranken Samen bekommen, durch den eine normale Befruchtung unmöglich ist“, schreibt Professor Dr. Lewin. Die praktische Erfahrung bestätigt dieses Urteil des Gelehrten durchaus.

So winzig aber auch der bestehende Schutz der Arbeiterinnen ist, übertreten wird er doch. So werden in Oberschlesien, wo die Arbeiterschutzbestimmungen allerdings nicht einmal auf dem Papier stehen, geschweige denn gehalten werden, die Arbeiterinnen in den chemischen Fabriken nicht nur zu Überstunden, sondern auch zu Nachtschichten, ja sogar zu 18 und 24stündigen Wechselschichten herangezogen. In der Gummiindustrie wird die Bestimmung der Bundesratsverordnung häufig übertreten, nach welcher die Arbeiterinnen beim Vulkanisieren mit Schwefelkohlenstoff nur 2 Stunden hintereinander und nicht länger als 4 Stunden im Tage beschäftigt werden dürfen. Die Wehrlosigkeit und Unkenntnis der Arbeiterinnen erleichtern den Unternehmern die Übertretung. Ja, die Not in der Familie, die Sorge um den Arbeitsplatz verleitet die Frauen manchmal zu einer tiefbedauerlichen Nichtachtung der eigenen Gesundheit. So hatte in einer Gummiabrik in Hannover eine Arbeiterin bis zum Tage vor ihrer Niederkunft beim Vulkanisieren gearbeitet, nachts geboren und sich am anderen Tage wieder zur Arbeit gemeldet, nur um ihren einigermaßen bezahlten Arbeitsplatz nicht zu verlieren.

Ein weiteres Mittel, die Übertretung der Arbeiterschutzgesetze zu erleichtern, ist das Akkordsystem. Nach einer vom Fabrikarbeiterverband aufgenommenen Statistik arbeiten 42 Prozent der in chemischen Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen im Akkord. In Gummiabriken wird im Akkord vulkanisiert, in Zündholzfabriken werden im Akkord Hölzer getunkt, in Pulverfabriken werden im Akkord Patronen gefüllt, kurz, selbst die gefährlichsten Arbeiten werden im Akkord verrichtet. Daß dadurch die ohnehin großen Gefahren noch um das Vielfache gesteigert werden, ist einleuchtend.

Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in der chemischen Industrie ist im Durchschnitt länger als die der Arbeiter, weil für die letzteren teils durch gesetzliche Bestimmungen, teils unter dem Druck der Organisation die Arbeitszeit für einige besonders gefährliche Abteilungen auf 8 Stunden herabgedrückt werden konnte. Während von den männlichen Arbeitern 22 Prozent weniger als 10 Stunden täglich arbeiten, sind es bei den Arbeiterinnen nur 7 Prozent; länger als 10 Stunden arbeiten 5 Prozent der weiblichen und 7 Prozent der männlichen Arbeiter. Es bedarf hier nicht der besonderen Versicherung, daß die Arbeitszeit in der so gefährlichen Industrie eine Verkürzung dringend erheischt.

Die Entlohnung der Arbeiterinnen ist mehr als dürftig. Nach der schon angezogenen Verbandsstatistik verdienen 22 Prozent aller Arbeiterinnen weniger als 10 Mk., 60 Prozent über 10, aber weniger als 12 Mk. und nur 18 Prozent mehr als 12 Mk. pro Woche. Das sind gewiß Löhne, die in geradezu schreiendem Mißverhältnis zu den Gefahren der Arbeit sowohl als auch zu den Kosten des Lebensunterhaltes und nicht zuletzt zu den Riesengewinnen der Unternehmer stehen. Dabei sind die Löhne in den letzten Jahren unter dem Einfluß der Organisation schon erheblich gestiegen. Wie weit sie unter dem Durchschnitt in solchen Gegenden stehen, wo die Organisation noch nicht Fuß gefaßt hat, sei hier an einem Beispiel dargetan. Im Statut der Betriebskrankenkasse der chemischen Fabrik vormalig Scharff & Co., jetzt Aktiengesellschaft in Jawodzie in Oberschlesien heißt es: „Der durchschnittliche Tagelohn beträgt für Arbeiter über 16 Jahren 1,60 Mk., für Arbeiter unter 16 Jahren und für Arbeiterinnen 0,80 Mk.“ Das ist gewiß ein trefflicher Beweis für die Rücksichtslosigkeit, mit der die Arbeiter da ausgebeutet werden, wo ihnen nicht eine Organisation schützend zur Seite steht.

Aber nicht nur die Arbeiterinnen, die selber in den Werkstätten der modernen Alchimisten Dreck und Proletarierschweiß

in Gold verwandeln helfen, haben unter den Gefahren der chemischen Industrie zu leiden, sondern auch alle diejenigen Arbeiterfrauen, deren Mann in diesen Gifthütten das große Brot für die Familie erwerben muß. Nicht nur indirekt, indem die Arbeit dem Ernährer der Familie Gesundheit und Leben frühzeitig zerstört, sondern auch direkt zieht die chemische Industrie die Familien in den Gefahrenkreis ihrer Betriebe. Auf der Frankfurter Konferenz der Arbeiterschaft der chemischen Industrie wurden mehrere Fälle angeführt, wo Arbeiterfrauen sich beim Reinigen der Arbeitskleidung ihres Mannes Vergiftungen zugezogen haben. Die Frau eines Arbeiters, der in der Chininfabrik von Böhringer in Mannheim-Waldhof beschäftigt ist, erkrankte an Chininaus Schlag, obwohl sie nur ein einziges Handtuch auswusch, das ihr Mann in der Fabrik benutzt hatte. Einige Betriebe liefern zwar Arbeitskleidung und besorgen auch deren Reinigung, aber auch dadurch ist oft nur wenig gebessert. In diesen Betrieben wird nämlich die Reinigung in der Regel an Arbeiterfrauen als — Heimarbeit vergeben. Dadurch wird zwar die Zahl der gefährdeten Frauen verringert, aber die Gefahr für die mit der Arbeit betrauten ist um so größer. Ein Konferenzdelegierter aus Oberschlesien berichtete, daß eine Frau, die für einen Betrieb der Mätgerswerke die Arbeitskleider wusch, sich dabei eine Hautkrankheit zuzog, die ihre volle Invalidität zur Folge hatte. Die Unfallversicherung sowohl als auch die Firma verweigerten der Frau jede Unterstützung.

Eine weitere Schädigung für die ganze Familie des Arbeiters bilden, wenn auch nicht immer, so doch sehr häufig, die Arbeiterwohnungen. Es ist allgemein bekannt, daß die Besitzer chemischer Fabriken oft gezwungen sind, größere Landkomplexe in der Nähe ihrer Fabrik anzukaufen, weil entweder die Gerüche für die Anwohner unerträglich sind oder die Vegetation durch die Dämpfe und Dünste des Betriebs vernichtet wird. Auf solchen Terrains werden aber häufig Arbeiterwohnungen errichtet. Der Unternehmer schlägt dabei drei Fliegen mit einer Klappe. Er verwertet sonst nutzloses Gelände, kommt billig in den Geruch eines Wohltäters und — schafft sich in den Wohnungen der Fabrikhäuser einen doppelt abhängigen Arbeiterstamm. Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Dämpfe und Dünste, die der Vegetation Tod oder Verkümmern bringen, dem menschlichen Organismus nicht förderlich sein können. Wenn auch die gesundheitlichen Schäden solcher Wohnungen schwer meßbar sind, ihr Vorhandensein muß ohne weiteres konstatiert werden. Der Konferenz der Arbeiter in der chemischen Industrie lagen denn auch zahlreiche Klagen in dieser Richtung vor. Die Wohnungen der chemischen Fabrik „Wohlgelegen“ befinden sich so nahe an der Fabrik, daß die Bewohner unter den ausströmenden Oleum- und Sulfatdämpfen schwer leiden. Aus Griesheim wurde berichtet, daß den Bewohnern der Fabrikwohnungen die Vorhänge von den Fenstern fallen, weil sie von den Säuredünsten zerfressen werden; das Bettzeug bleicht, wenn es der Luft ausgesetzt wird; Messer und Gabeln und andere Metallgegenstände oxydieren, und die in den Wohlfahrtsgärten mühsam herangezogene Vegetation wird oft in einer Nacht völlig vernichtet. Daß durch solche Fabrikwohnungen die Gesundheit der Arbeiterfrauen und -kinder schwer geschädigt wird, bedarf einer besonderen Beweisführung nicht.

Ein weiteres Blatt im Leidensbuche der chemischen Proletarier ist die Vergiftung der Kinder noch vor der Geburt. Oben wurde schon ein Ausspruch des Professors Lewin angeführt, nach dem es selbstverständlich ist, daß die Arbeiter, die giftige Kohlenstoffverbindungen berufsmäßig aufnehmen, einen kranken Samen bekommen. Das gleiche trifft aber, praktischen Erfahrungen zufolge, auch für Arbeiter zu, die mit anderen Giften hantieren. So wird aus zahlreichen Orten berichtet, daß die Kinder solcher Arbeiter, die mit Chromaten in Berührung kommen, häufig bei ihrer Geburt am ganzen Körper mit pockenartigen Geschwüren behaftet sind. Ein Arbeiter eines Anilinbetriebes, der 50 Jahre alt, aber seiner eigenen Angabe nach „total kaputt“ ist, berichtet, daß von seinen Kindern sechs am ganzen Körper fast blau gefärbt zur Welt kamen und kurz nach der Geburt starben; ein siebentes wurde tot geboren. Da

die Anilinvergiftung sich auch bei den erwachsenen Arbeitern durch Blaufärbung des Körpers anzeigt, liegt hier der Zusammenhang ziemlich klar. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so krasse Fälle werden aus vielen anderen Orten berichtet.

Leider wird der Wert dieser Berichte dadurch beeinträchtigt, daß die Einsender immer dringend bitten, nur ja ihre Namen nicht zu nennen; sogar um Verschweigung des Betriebes und selbst des Ortes wird wiederholt gebeten. Die Begründung ist fast immer dieselbe: ich bin körperlich kaputt, wenn mich die Firma entläßt, bekomme ich nirgends mehr Arbeit. Selbst völlig invalide Arbeiter verweigern die Auskunft über Ursache und Verlauf erlittener Vergiftungen oder geben solche nur, wenn ihnen volle Verschwiegenheit zugesichert wird. Grund hierfür sind die famosen Pensionskassen der chemischen Fabriken, die dem invaliden Arbeiter einen Zuschuß zu der Unfall- oder Invalidenrente zahlen, ihm aber keinen Rechtsanspruch darauf einräumen. Der Arbeiter fürchtet eben — und nicht mit Unrecht —, diesen Zuschuß zu verlieren, wenn er nicht Schweigen bewahrt über die Geheimnisse der Gifthütten. In einigen Statuten solcher Kassen ist direkt die Bestimmung aufgenommen, daß die Rente entzogen wird, wenn der Empfänger „gegen die Interessen der Firma handelt“. Das ist deutlich genug.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die chemische Industrie, die den Unternehmern geradezu berauschende Gewinne in den Schoß wirft, für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen nichts übrig hat als den fargen Lohn bei viel zu langer Arbeitszeit, schwere Schädigung der Gesundheit und des Lebens und Ausdehnung der Betriebsgefahr auf die Häuslichkeit und die Familie des Arbeiters. Diese Schäden und Gefahren der Arbeiterschaft zum Bewußtsein zu bringen, sie zum Widerstand, zum Kampf aufzurufen, gleichzeitig aber auch den gesetzgebenden Körperschaften das Gewissen zu schärfen, ihnen zu zeigen, wie notwendig der weitere Ausbau des Arbeiterschutzes ist, das sind dringende Aufgaben. An ihrer Lösung mitzuhelfen, ist in erster Linie Pflicht der vom Kapital schändlich mißhandelten Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie selbst. Auch für sie gilt das alte Wort: Hilf dir selbst, und die Götter werden dir helfen.

h. sch.

Warum fragen die Mütter nicht?

Mutter zu werden, sagen sie allerorten, sei des Weibes Glück und Tugend. Gott weiß, warum sie das sagen; denn weder ist diese Behauptung unter allen Umständen richtig, noch gilt sie im einzelnen, bestimmten Falle für richtig. Ist zum Beispiel die Mutter ledig, so kann sie es gar bald erfahren, wie zweifelhaft ihre Tugend ist. Ist sie aber bedürftig, so ist ihre Mutterschaft, mag sie diese einer ehelichen oder freien Verbindung zu danken haben, ein sträflicher Leichtsinns. Zwar werden die Neugeborenen oftmals freundlich kleine Weltbürger genannt. Wenn aber so ein kleiner Weltbürger gleich bei seinem Erscheinen Forderungen an die Solidaritätsgefühle seiner geehrten Mitbürger stellt, so möchte man schon lieber auf ihn verzichten. Oder ist es nicht ärgerlich, wenn so ein armer Armenrat um eine Unterstützung überlaufen wird wegen eines „Familienzuwachses“? Oder wenn man auf die Arbeit einer stinken Arbeiterin wochenlang verzichten muß, bloß weil es ihr beliebt, einen kleinen Menschen zur Welt zu bringen? Einen Menschen, den man noch zu gar nichts brauchen kann, der aber Pflege und Nahrung beansprucht, also Zeit und Geld kostet? „Ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die, die etwas haben!“ Das kleine, nach Nahrung schreiende Lumpel ist also ganz und gar zu Unrecht da. Viele dieser Kleinen sehen das auch bald ein und machen sich wieder davon. Manche aber sind zäh. Ob sie noch so sehr im Wege sind, ob sie noch so viele Sorgen und Angelegenheiten bereiten, sie weichen nicht. Ewig hungrig, verhungern sie doch nicht; zahllosen Gefahren ihres unbewachten Unverstandes ausgesetzt, kommen sie doch nicht darin um. Sie wachsen vielmehr, wachsen — wahrhaftig — zur Verzweiflung ihrer Mütter, denn die Kleider, die Hockerln und Hosertln und Jackerln, die Strümpfe und die Schuhe, die wachsen nicht mit. Woher aber nehmen und nicht stehlen? Die Schulzeit und Lehrzeit, welch schwere Zeit für — die Mütter. Würde man diese Proletariatsmütter aber nach dem Zweck und Sinn all ihres mühseligen Tuns fragen, so würde ihnen diese Frage recht wunderbar erscheinen. Die Kinder, die sie geboren

haben, die müssen doch erhalten, müssen doch irgendwie durchs Leben gebracht, irgendwie großgezogen werden. Sie können ihre Kinder doch nicht umbringen. Abgesehen davon, daß die bürgerliche Gesellschaft den Kindesmord streng bestraft (obwohl sie nichts dagegen hat, daß Kinder an Mangel an Nahrung und Pflege sterben, also durch Armut gemordet werden), so ist dies auch gegen ihr Gefühl. So nehmen sie das Unabwendbare geduldig auf sich und wissen kaum, daß sie um das werdende, das seiende sich selbst hingeben. Denn wenn sie auch ihr physisches Leben bis ins Alter behalten, ihre Seelen gehen in den Mühn um die Kinder nicht auf, sondern — unter.

Aber nicht minder wie die Mütter selbst hält die Gesellschaft dieses unerhörte Opfer für selbstverständlich und unabwendbar. Sie glaubt für die Kinder genug zu tun, wenn sie die Eltern verpflichtet, sie zu erhalten. Ob und wie dies möglich sei, darum kümmert sie sich nicht. Bedeuten die Kinder für die Eltern auch eine zermalmende Last, so büßen sie eben eine Unbefonnenheit. Wen geht dies was an? Wer zwang sie denn, sich diese Last aufzubürden? Wer verlangte nach den Kindern, wer braucht sie? Sie sind das Privatvergnügen ihrer Eltern. Diese mußten doch wissen, wieviel sie sich dieses Vergnügens kosten lassen konnten und wollten. Diese Auffassung ändert sich aber, wenn die Kinder erwerbsfähig und die männlichen Sprossen wehrfähig werden. Nun wird es auf einmal offenbar, wozu es gut war, daß vor Jahren ein armes Weib wegen des leimenden Lebens in seinem Leibe Spott und Schmähung geduldig ertrug; daß es die Leinensehen, die es brauchte, zusammenbettelte; daß es sich abdarbte, was nur möglich war, die ganzen Jahre heraus; daß es die Augen schloß vor allem, was ihm begehrenswert erschien; daß es früh aufstand und spät zu Bette ging, daß es wusch und nähte, daß es Wind und Wetter nicht scheute, daß es sich niemals Ruhe gönnte, daß es Krankheit und Müdigkeit immer wieder überwand: das mußte sein, damit dem Vaterland ein tapferer Sohn heranwuchs, der es verteidigte, wenn es ihn rief.

Nun, Mutter, magst du zurücktreten. Du durftest deinem Kinde opfern, so viel du wolltest, aber das Recht, zu verlangen, daß dein Opfer ihm allein zugute komme, hast du nicht. Dem Sohn gehört nicht dir und nicht sich selbst, er gehört dem Vaterland. Darum kann es über ihn auch so ziemlich frei verfügen. Es kann ihn, wenn es „notwendig“ ist, etwa, wenn es so heftig „beleidigt“ wird, daß diese Beleidigung „nur mit Blut“ zu sühnen ist, zwingen, Mörder zu werden, und ihn zwingen, sich selbst morden zu lassen. Es kann ihn zwingen, Arme und Beine zu opfern oder auf sonst irgend eine Weise zum Krüppel zu werden, es kann ihn aber auch in Stücke reißen lassen. Dafür enthebt es ihn aber während seines Dienstes seiner Verpflichtungen gegen seine Angehörigen und gibt ihm den weisen Rat: „Daß sie beiten gehn, wenn sie hungrig sind.“ Ja, Mutter, diesem teuren Vaterland hast du dein Kind, das sie dir, als du es gebarst, so übel nahmen, großgezogen. Du fragst, wer und was das Vaterland sei? Worauf es seine Ansprüche stütze? Mit welchem Recht es deine Söhne die seinigen nenne, da es sich doch nicht im geringsten um sie gekümmert hat, als sie noch hilfsbedürftig waren? So fragst du? Ach nein, du fragst nicht! Du weinst, du verzweifelst, aber du sägst dich — fraglos. O Mutter, wir ehren deine oft übermenschliche Geduld, aber immer ist sie nicht eine Tugend! O Mutter, wir ehren deinen Leidensmut, aber immer ist er nicht eine Tugend! O Mutter, wie oft haben wir deine weibliche Reugier verlacht, aber manchmal wäre sie eine Tugend! O Mutter, Mutter, warum fragst du nicht?

Vielleicht sagt man dir, nach heiligen Dingen dürfe man nicht fragen, und das Vaterland sei ein heiliges Ding. Das sind aber Redensarten, Mutter, Redensarten, ausgeföhnt von jenen, denen dein Fragen unbequem ist. Es ist unsinnig, ein Unbefanntes verehren und ihm Opfer bringen zu sollen. Oder glaubst du vielleicht gar, das Vaterland zu kennen? In der Schule haben sie dir von einem großen Reiche erzählt, dessen Bewohner durch eine Nacht zusammengehalten werden, einen Verband bilden, und das eben sei das Vaterland. Aber wie? Ist es die Erde, die Scholle selbst und das, was sie hervorbringt, oder die Menschen? Aber kennst du diese Erde? Hast du sie blühen gesehen? Wie weit bist du ins Land gekommen? Ist es schön? Sie sagen es; aber hast du an diesen Schönheiten dich erfreuen können? Haben die Früchte des Vaterlandes dich und die Deinen genährt, wenn ihr zufällig keine Arbeit fandet? Hast du, ob deine gemietete Stube hoch oben im letzten Stockwerk lag oder in die Erde hineingebaut war, jemals das Gefühl der Sicherheit gehabt, wie der Heimatsboden es verleihen soll? Mußtest du das Recht, das Flecken Erde, das deine Stube umspannte, zu bewohnen, zu bewohnen, nicht von Monat zu Monat neu erlaufen? Und bangtest du nicht oft, ob du

den Kauf würdest erneuern können? Und graute dir nicht vor dem nackten Boden, über den sich kein schützendes Dach wölben sollte? Das materielle Vaterland also, das Land, in welchem deine Urväter hausten, ist dir doch eigentlich furchtbar fremd geblieben. Aber die Menschen in einem Lande und ihre Einrichtungen, die sind doch auch ein Bestandteil des Vaterlandes; und die glaubst du besser zu kennen? Gewiß: eine Einrichtung kennst du ausgezeichnet: die Einrichtung, daß die Bewohner des Vaterlandes eingeteilt sind in solche, die besitzen, und in solche, die nicht besitzen; daß die Besitzenden alles gelten im Lande, die Nichtbesitzenden aber gar nichts; daß die Besitzenden alle irdischen Genüsse haben, die Nichtbesitzenden alle irdischen Leiden. Damit bist du aber auch fertig mit deiner Wissenschaft. Du hast nie nach Recht oder Unrecht dieses Zustandes gefragt, nie danach, ob er notwendig und inwiefern er notwendig ist; hast nie danach gefragt, welche Einrichtungen ihn ermöglihen und aufrechterhalten. Du hast dich nie darum gekümmert, welcher Art die Beziehungen sind, in welchen die Menschen zueinander stehen; nie darum, wer, den Interessen nach, zusammengehört; hast nie danach geforscht, ob es richtig sei, daß es ein Gemeinsames gebe zwischen allen Angehörigen eines Staates, ein Gemeinsames zwischen dem reichen Fabrikanten und dem Tagelöhner, ein Gemeinsames zwischen dem Großgrundbesitzer und dem armen Häusler, ein Gemeinsames zwischen den Herren mit den goldenen Kragen und den Leuten, die sie anschnauzen; daß dieses Gemeinsame mit dem Wort „Vaterland“ zu bezeichnen und mit Leib und Leben zu verteidigen sei. Du hast Menschen geboren, aber du hast nicht gefragt, wofür. Du hast dem Leben gedient und hast nicht gefragt, ob dein Dienst nicht vielleicht ein vergeblicher werden könne. O Mutter, Mutter, warum hast du so wenig gefragt dein Leben lang? Weil du nicht gefragt hast, wirst auch du nicht gefragt, ob du deine Kinder opfern willst. Du meinst vielleicht, dein Fragen würde nichts nützen? O Mutter, glaub' das nicht! Ein Volk, das ein Heer von fragenden Müttern besäße, das wäre ein wissendes, ein erst wahrhaft kultiviertes Volk, das ein Heer von drohenden Kriegeren weder stellte noch — brauchte.

G.
(Aus der Wiener Arbeiter-Zeitung.)

Der schweizerische Heimarbeiterschutzkongress.

Der erste schweizerische Heimarbeiterschutzkongress hat am 7. und 8. August in Zürich stattgefunden. Am zweiten Tag war er von rund 400 Personen besucht, worunter sich erfreulicherweise sehr viele Frauen befanden, besonders Mitglieder des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Der Rahmen für die Beteiligung an dem Kongress war sehr weit gesteckt worden. So hatten nicht nur die freien Gewerkschaften, die dem Schweizerischen Arbeiterbund angehören, Grütlivereine, konfessionelle Organisationen usw. ihre zahlreichen Vertreter entsandt, sondern auch Arbeiterunionsen, Handelskammern usw. Vertreten waren ferner das schweizerische Industrie-departement (Arbeitsministerium) in Bern, zahlreiche Kantonsregierungen, städtische Behörden und die Fabrikinspektion. Aus dem Ausland waren der badische Fabrikinspektor Dr. Wittmann sowie Vertreter der Regierungen von Belgien, Österreich, Ungarn und den Vereinigten Staaten von Nordamerika erschienen.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen folgende drei Fragen: 1. Die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Heimarbeit. 2. Die Heimarbeit und die Konsumenten. 3. Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit.

Zum ersten Punkt hielt der bekannte katholische Sozialreformer Professor Dr. Beck-Freiburg ein sehr eingehendes und tatsachenreiches Referat. An Hand der amtlichen Statistik beleuchtete er die Verbreitung der Heimarbeit in den Kantonen und Industrien der Schweiz und den Anteil der beiden Geschlechter an ihr. Bemerkenswert ist die vom Referenten aufgezeigte Tendenz zur Zunahme der Heimarbeit. In der Stickerei, Seidenbeutelstickerei, Schneiderei, Wäsche-, Damen- und Uniformkonfektion, Strickerei, Hählelei und Holzschneiderei hat die Heimarbeit zugenommen; in der Plattstichweberei, Baumwollspinnerei und -weberei, Bunt- und Jacquardweberei, Leinweberei, Leder-, Uhren-, Bürsten- und Tabakindustrie sowie Strohindustrie hat sie entschieden abgenommen. Momentan im Rückgang begriffen ist sie in der Seidenstoff- und Seidenbandweberei, doch wird sie hier voraussichtlich durch die Einführung kleiner Elektromotoren wieder erstarren. In der hausindustriellen Seidenbandweberei des Kantons Baselland ist in den letzten Jahren elektrische Kraft in ausgedehntem Maße zur Anwendung gelangt. Von seinem Standpunkt als katholischer Re-

former aus verspricht sich der Referent von dieser Neuerung große Vorteile für die Heimarbeiter wie — für die Unternehmer. Immerhin gab er zu, daß dadurch die Abhängigkeit der Arbeiter vom Unternehmer verstärkt werden könne. Die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter, die genossenschaftliche Organisation des Strombezugs und die Bundesgesetzgebung über die Heimarbeit zusammen können jedoch nach seiner Ansicht diese drohende Gefahr abwenden.

Gerade die Schweizer Industrien mit der bedeutendsten Heimarbeit produzieren in der Hauptsache für den Export. So die Stickerei, Stroh-, Uhrenindustrie usw. Dieser Umstand, so behaupten die Unternehmer, sei ein Hindernis für tatkräftiges gesetzliches Eingreifen zum Schutze der Heimarbeiter. Professor Beck antwortete darauf mit einem Zitat aus der Schrift von Heinrich Koch über die deutsche Hausindustrie: „Wir verlangen die Reform der Hausindustrie, die Beseitigung der bestehenden unerträglichen Mißstände selbst auf die Gefahr hin, daß der Export wirklich beeinträchtigt und die Produktion eingeschränkt würde. Ein großer Export auf der Basis unwürdiger Löhne kann nie ein Land bereichern.“ Er zitierte auch die ähnliche Äußerung Gertrud Dyhrenfurts auf dem evangelisch-sozialen Kongress zu Breslau: „Der Handel ist im Grunde ein schlechter, bei dem Volkskraft und Gesundheit, Frauenehre und Kinderglück ausgeführt werden! Wir wollen nicht, daß amerikanische Kinder Spielzeug erhalten, das durch die Nachtarbeit deutscher Familien erzeugt werden mußte. Wir wollen nicht, daß die Damen in Halbaffen seidene Soupons über die Straße schleifen, die auf Kosten der Ehre unserer Töchter gefertigt sind. Kein Geld, das das Ausland dafür zahlt, kann diese Güter ersetzen.“ Der Referent verwies des weiteren auf die Geschichte des schweizerischen Fabrikgesetzes. Als es geschaffen werden sollte, erklärten die Unternehmer ebenfalls, es würde die Konkurrenzfähigkeit der Industrie vernichten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es diese im Gegenteil gehoben hat. Wie es um die Lage der Heimarbeiterschaft in punkto Entlohnung, Arbeitszeit, Wohnung, Ernährung, Gesundheit beziehungsweise Krankheit steht, das schilderte Professor Beck mit warmer Verehrsamkeit. Die praktischen Schlussfolgerungen seines Vortrages kennen die Lesenden aus der bereits veröffentlichten Resolution.

Herr Brunhes, ebenfalls katholischer Professor in Freiburg, referierte über „Die Heimarbeit und die Konsumenten“. Er erörterte namentlich die Gefahr der Übertragung von Krankheiten durch die Erzeugnisse der Heimarbeit, auf die auch schon Professor Beck hingewiesen hatte, und benutzte die günstige Gelegenheit zur Propaganda für die „soziale Käuferliga“. In der Diskussion schüttete Professor Verdyz vom Arbeitsamt in Washington viel Wasser in den Wein der begeistertsten Hoffnung von dem Einfluß dieser Organisation. Er stellte kühl fest, daß mit dem Appell an das Mitgefühl des Publikums in Amerika nicht viel zu erreichen sei, dagegen hätten im Kampf gegen die Heimarbeit die Gewerkschaften mit dem „Label“ schöne Erfolge erzielt.

Über „Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit“ sprach Professor Dr. Stephan Bauer-Basel, Sekretär des internationalen Amtes für Arbeiterschutz. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit den Fragen, ob und inwieweit gesetzlicher Schutz der Heimarbeiter möglich sei, was in dieser Beziehung in der Schweiz und im Ausland schon geschehen ist, und welche Forderungen in der Schweiz zur Sanierung der Verhältnisse in der Hausindustrie aufzustellen sind. Die Aufzählung der in verschiedenen Ländern, namentlich in England, in zahlreichen amerikanischen Bundesstaaten sowie in Australien bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Heimarbeit konnte selbstverständlich an sich dem Unterrichteten nichts Neues bringen, allein das Gesamtbild zeigte in wertvoller Weise, wieviel auf diesem Gebiet zum Schutze der Arbeiter vom Staate getan werden kann. Nebenbei kam der Referent auch darauf zu sprechen, daß der neue deutsche Reichszanzler als Staatssekretär des Reichsamts des Innern in der Kommission für die Gewerbeordnungsnovelle die Errichtung von Lohnämtern als den ersten Schritt zum sozialistischen Zukunftsstaat bekämpft habe. Dr. Bauer wies diese Phrase zurück und erinnerte daran, daß die Meinungen der Sozialisten über den Wert der Lohnämter geteilt seien.

Auch Dr. Bauer schilderte eingehend die vielen und schweren Mißstände in der schweizerischen Hausindustrie sowie die Ansätze zu einer Heimarbeiterschutzesgesetzgebung und die Erfolge der gewerkschaftlichen Aktionen, so zum Beispiel durch Errichtung von Zentralgewerkschaften. Seiner Meinung nach würde es der Schweiz gut anstehen, die Initiative zur Schaffung einer internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung zu ergreifen. „Die Schweiz an die Front!“ so schloß er seinen eindrucksvollen Vortrag, dessen leitende Forderungen ebenfalls in letzter Nummer mitgeteilt worden sind.

Über die drei Referate entspann sich eine lebhaft, stundenlange Diskussion, an der sich erfreulicherweise auch Genossinnen beteiligten. Es wurde darauf hingewiesen, daß es in der Heimarbeit bei der häufig vorkommenden Arbeits- und Verdienstlosigkeit nicht angängig sei, auf Grund von bestimmten Stück-, Tage- oder Stundenlöhnen Jahresverdienste zu berechnen. Nach den Ausführungen eines Seidenbandwebers verschlechtert die Einführung der elektrischen Kraft die Lage der Heimarbeiter. Diese müssen dann auch noch die Verzinsung der elektrischen Einrichtungen und die Kosten der elektrischen Kraft bezahlen; den Nutzen davon hat einzig der Unternehmer. Betont wurde auch, daß die verheirateten Heimarbeiterinnen oft weniger Nutzen von ihrem Verdienst als Schaden für den Haushalt haben. Scharfe Kritik erfuhren jene „Damen“, die wegen eines Taschengeldes Heimarbeit verrichten und zu Lohnbrückerinnen der Proletarierinnen werden. Vom Staat wurde die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge gefordert. Ein Genosse erklärte zutreffend: Die praktische Konsequenz des Kongresses müsse die tatkräftige Förderung der Sozialdemokratie sein, die Verstärkung ihrer Vertretung im Parlament. Denn auch in der Schweiz trete einzig die Sozialdemokratie rücksichtslos und entschieden für den Schutz der Heimarbeiter ein. Die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des Bundes wurde mit vollem Recht kräftig gegeißelt.

Die Resolutionen wie verschiedene dazu angenommene Anträge wurden dem Bureau zur Zusammenfassung und einheitlichen Formulierung überwiesen.

Die Heimarbeit ausstellung und der Heimarbeiterschutzbund zu Zürich haben das graue Elend der Schweizer Heimarbeit vor aller Welt enthüllt. Der planmäßige Kampf dagegen ist eingeleitet. Seine nächste Etappe ist Wilderung der schreiendsten Verhältnisse, sein Endziel muß die Beseitigung der Hausindustrie sein. D. Z.

Aus der Bewegung.

Die politische Frauenorganisation im Jahre 1908. Der Bericht des Parteivorstandes der Sozialdemokratie an den Parteitag zu Leipzig gibt — der gemeinsamen Organisation von Genossinnen und Genossen entsprechend — ein Bild von der Beteiligung der Frauen an dem Parteileben. Es ist ein Bild erfreulichen Wachstums, rührigster, opferfreudiger Betätigung. An der Spitze ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Zahl der weiblichen Parteimitglieder 1908, dem ersten Jahre der gemeinsamen Organisation, von 29 458 auf **62 259** gestiegen ist, sich also mehr als verdoppelt hat. Die Ziffer ist ein glänzendes Zeugnis für den Feuereifer, mit dem die Genossinnen agitiert und organisiert haben. Unter den 45 großen Agitationsbezirken, in die das Reich geteilt ist, gibt es nur einen einzigen — die Pfalz —, der keine gesonderten Angaben über die männliche und weibliche Mitgliederzahl gemacht hat. Groß-Berlin weist mit **9382** die stärkste weibliche Mitgliederzahl auf; Hessen-Kassel mit 25 die kleinste. Wir kommen auf das vorliegende Zahlenmaterial noch zurück und lassen heute den Teil des Berichtes folgen, der von der Frauenorganisation im Rahmen der Partei handelt.

Das verflossene Geschäftsjahr war das erste, in welchem in allen deutschen Bundesstaaten in gemeinsamer Organisation Mann und Weib im Interesse der Partei tätig waren. Durch ein im November versandtes Zirkular wurde festgestellt, inwieweit der Übertritt der Frauen aus den Frauenvereinen und der Eintritt der freiwilligen Beitragszahlerinnen in die Parteioorganisationen sich vollzog. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß dort, wo dieser Über- beziehungsweise Eintritt noch nicht erfolgt ist, derselbe baldmöglichst veranlaßt werden möge. Trotz wiederholter Mahnung haben einige Kreise das Zirkular mit entsprechenden Anträgen nicht beantwortet.

Aus den eingegangenen Antworten ging hervor, daß am Schlusse des Kalenderjahres 40 421 weibliche Mitglieder vorhanden waren. In 257 Orten war der Beschluß des Nürnberger Parteitags, eine Frau mit in den Vorstand zu wählen, ausgeführt, 64 Orte antworteten, daß auf der nächsten Generalversammlung die Wahl vollzogen werde. 150 Kreise hatten auch bereits die Diskussions- beziehungsweise Leseabende eingerichtet, die der theoretischen und praktischen Schulung der politisch organisierten Frauen dienen. In den anderen Kreisen wurde, soweit weibliche Mitglieder vorhanden, die Einrichtung in Aussicht gestellt.

Das Ergebnis dieser Umfrage gab nicht nur einen Überblick über die Stärke der weiblichen Mitgliedschaft in den einzelnen Bezirken, es zeigte gleichfalls, wo in erster Linie mit der Agitation einzusetzen sei, um die Proletarierinnen zu veranlassen, von dem veränderten politischen Vereinsrecht Gebrauch zu machen.

Eine Anzahl der Bezirke ging aus eigener Initiative an diese Agitationsarbeit und trat an uns heran mit der Bitte um Entsendung weiblicher Referenten. In anderen Bezirken wurde vom Vorstand die Anregung gegeben und, wo es notwendig, auch die Kosten übernommen.

Den Anregungen wurde, mit zwei Ausnahmen, überall Folge gegeben, und der Erfolg lohnte überall Mühe und Kosten.

So fanden durch unsere Vermittlung, zum Teil auf unsere Anregung, 35 Agitationstouren statt und außerdem eine große Reihe von Einzelversammlungen.

Es partizipierten daran die Agitationsbezirke:

Versammlungen		Versammlungen	
Niederrhein	44	Chemnitz	3
Oberrhein	37	Zwickau	8
Bayern	3	Ostpreußen	3
Thüringen II	40	Westpreußen	8
I	15	Magdeburg	12
Altenburg	10	Schleswig-Holstein	6
Halle	57	Langenbielau	4
Hannover	12	Görlitz	31
Hessen-Nassau	28	Oberschlesien	11
Hessen-Darmstadt	43	Erfurt	13
Pommern	20	Gotha	8
Mecklenburg	40	Brandenburg	14
Dresden	12	Berlin	16

Es versteht sich, daß diese Versammlungen nach der jeweilig gegebenen politischen Situation gleichzeitig der Abwehr gegen reaktionäre Maßnahmen oder dem Kampfe um Rechte und Reformen dienten. So dem Kampfe gegen das persönliche Regiment, gegen die Reichsfinanzreform, gegen die Arbeiterschutzhetzei der Gewerbeordnungs-Novelle, für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und anderem mehr. Eine Aussprache mit einer Reihe von Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen über die Gewinnung und Schulung weiblicher Mitglieder hat die eingeleitete Agitation in fruchtbringender Weise unterstützt und die gemeinsame Arbeit wesentlich gefördert und erleichtert.

Die mündliche Agitation auf das wirksamste zu unterstützen durch die schriftliche und damit gleichzeitig einen Beschluß des Parteitags auszuführen, wurde ein leichtverständliches Flugblatt herausgegeben, welches sich an die Hausfrauen und Arbeiterinnen gleichzeitig wandte und, indem es Bezug nahm auf die aktuellen politischen Tagesfragen, vor allem der Agitation unter den uns fernstehenden diente. Die große Nachfrage nach dem Flugblatt, es ist in 1 256 800 Exemplaren verschickt und an einer Reihe von Orten nachgedruckt, bewies, daß mit der Herausgabe einem vorhandenen Bedürfnis entsprochen war.

Auf vielfachen Wunsch ist deshalb ein zweites Flugblatt in Broschürenform hergestellt: „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ betitelt, welches die Notwendigkeit der politischen Organisation sowie der politischen Betätigung der Frauen nachweist, das hoffentlich eine noch stärkere Verbreitung findet.

In Übereinstimmung mit der Generalkommission sind Zirkulare an die örtlichen Parteileitungen und Gewerkschaftskartelle verschickt, in denen aufgefordert ist, die Arbeiterinnen für die Krankentassenwahlen zu interessieren, sie zur Ausübung ihres aktiven und passiven Wahlrechts anzuhalten. Dem Zirkular ist gleichfalls ein Flugblatt beigegeben, welches den Wert des Selbstverwaltungsrechts nachweist und darlegt, welche Mehrleistungen der Kassen durch Statutenänderungen heute schon zu erreichen sind, sofern die Versicherten dieser Frage das nötige Verständnis und Interesse entgegenbringen. Eine Befolgung dieser Anregung sowie eine umfassende Verbreitung des Flugblattes soll nicht nur für die Wahlen und die Beteiligung an der Verwaltung der Kassen das Interesse der Arbeiterinnen wecken, vielmehr wird diese soziale Tätigkeit gleichzeitig das Interesse an der Arbeiterbewegung überhaupt lebendig halten.

Gleichfalls in Übereinstimmung mit der Generalkommission ist ein Zirkular verfaßt, welches auffordert, Kinderschuttkommissionen zu gründen, die, zusammengesetzt aus Männern und Frauen der Arbeiterklasse, welche sich durch ihre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung die nötigen Kenntnisse, das soziale Verständnis angeeignet, über die Beachtung der Kinderschuttbestimmungen mitzuwachen haben. Lehrt die Erfahrung doch täglich aufs neue, daß in der schamlosesten Weise das geringe geltende Recht mit Füßen getreten wird, zum unendlichen Schaden der ausbeuteten Kinder und — der gesamten Arbeiterklasse. Gleichzeitig mit dem Zirkular sind an die Partei- und Gewerkschaftspresse Artikel geschickt, die die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit beleuchteten und die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft zur Unterstützung der be-

stehenden oder der zu gründenden Kommissionen aufforderten. Die Einrichtung dieser Kommissionen ist noch zu neu, als daß es möglich wäre, heute schon einen Überblick über ihre Wirksamkeit zu geben. Nur von einigen Orten, die schon länger diese Tätigkeit entfalten, liegen Berichte vor über eine sehr segensreiche Wirksamkeit. Hoffentlich können wir im nächsten Jahr von überallher dies konstatieren.

Gleichzeitig vom Bureau gegengezeichnet und gemeinsam verfaßt wurde ein Zirkular, welches von der Generalkommission und dem Arbeiterinnenkomitee verfaßt, zur Errichtung von Beschwerdekommisionen auffordert, Kommissionen, die die Beschwerden von Arbeiterinnen über die Nichtinnehaltung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen entgegennehmen, der Gewerbeinspektion übermitteln und so dem geltenden Recht Beachtung verschaffen. Ferner soll das Zirkular anregen, daß seitens der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die Arbeiterinnen über die einschlägigen Gesetzesbestimmungen unterrichtet werden.

So wie auf diesem Gebiet ein gemeinsames Arbeiten angebahnt wird, so ist auch sonst durch die tätigen Genossinnen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen überall auf das wirksamste unterstützt.

Um das Interesse der Proletarierinnen für unsere Parteipresse zu wecken und zu fördern, sind vom Bureau aus fast allwöchentlich Artikel an die gesamte Parteipresse gegangen, die sich besonders an die Frauen wandten und grundsätzlich sowie in agitatorischer Form Stellungnahmen zu den aktuellen politischen Tagesfragen.

Vereinzelt sind auch den monatlich erscheinenden Zeitungen für das ländliche Proletariat, sowie einzelnen Volkstalendern Beiträge geliefert, die in erster Linie das Interesse der Frauen für unsere Ideen und unsere Bewegung zu wecken suchten. Ebenso wie für die örtliche Parteipresse haben die tätigen Genossinnen die lebhafteste Propaganda entfaltet für die „Gleichheit“. Trotzdem die Schneider die „Gleichheit“ für ihre weiblichen Mitglieder abbestellen und dafür das „Fachblatt“ ausgestaltet, die Hausangestellten sich ein eigenes Organ schufen, und trotz der schweren Krise, die mit bleiernem Druck auf der gesamten Arbeiterschaft lastete, hatte die „Gleichheit“ am Jahreschluß 77 000 Abonnenten.

Das lebhafteste Interesse an der Gewinnung und Schulung der Proletarierinnen in der großen Mehrzahl der Bezirke wird illustriert durch den Umfang der Korrespondenz: Es gingen im Geschäftsjahr an Briefen und Karten ein 1200; es gingen aus 1424. An Drucksachen gingen ein: 720; aus: 1554.

Der Erfolg dieser Agitation blieb nicht aus. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am Jahreschluß 62 259, also Zunahme 92 801.

Zur **Kenntnisnahme**. Wegen Stoffandranges mußten die Berichte über die Agitation leider zurückgestellt werden.

Politische Rundschau.

Der Ausfall der Reichstagsersatzwahl in Neustadt-Landau hat eine Folge gehabt, die für den deutschen Liberalismus überaus bezeichnend ist. Verschiedene nicht unbedeutende nationalliberale Blätter werfen entsetzt die Frage auf: Wem nützt die Agitation gegen die neuen Steuern? Und sie müssen feststellen, daß die Sozialdemokratie der lachende Dritte bei diesem Streit in den Reihen des Bürgertums ist. Charakteristisch ist die Forderung, die sie aus dieser Erkenntnis ableiten, und die sie als sehr dringlich bezeichnen im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagsersatzwahlen in Halle, Stollberg-Schneeberg und anderen Kreisen. Sie lautet: schleuniges Begraben der Streitart und Abschluß eines Abkommens mit dem Schnapsblock, das zunächst zwar nur für diese Wahlen gelten soll, konsequenterweise aber überhaupt zum Anschluß des Nationalliberalismus an den Schnapsblock führen muß. Die Wasseremannsche Taktik, die in der Kampagne um die Reichsfinanzreform eingehalten wurde, wird mehr oder minder deutlich als verfehlt bezeichnet. Vielleicht steht mit dieser Kritik die Meldung in Verbindung, daß Herr Wasseremann mandatsmüde sei und bei den nächsten Wahlen nicht mehr kandidieren wolle. Was die Versöhnung der Nationalliberalen mit den Junkern und dem Bund der Landwirte anbelangt, so wird sie wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Zu diesem Nationalliberalismus aber fühlt sich der deutsche Freisinn weit mehr hingezogen als zu den ehrlichen Demokraten von der Demokratischen Vereinigung. Und doch träumen einzelne Sozialdemokraten noch immer und gerade jetzt wieder den Traum von einer großen liberal-sozialdemokratischen Einigkeit! Eine Idee, die selbst die Leute von der Demokratischen Vereinigung für mindestens arg verträht halten. Das sprach neulich ihr Führer Breitscheid gegen den Genossen Bernstein unver-

hohlen aus, der die Demokraten zu aggressiv und scharf in ihrer Kritik des Freisinns gefunden hat!

Die Einwirkung, die die kommende Angliederung des Nationalliberalismus an den Schnapsblock auf die deutsche Sozialpolitik haben muß, ist leicht zu ersehen. Diese wird noch schlechter wegkommen, als ohnehin schon. So weiß denn auch ein Blatt bereits mitzuteilen, daß in der kommenden Tagung des Parlaments die Gewerbeordnungsnovelle nicht wieder eingebracht werden wird, die in der letzten Reichstagsession beraten wurde, und die namentlich nach ihrer Verbesserung in der Kommission den Arbeitern einige Vorteile gebracht hätte. Der jetzige Reichskanzler und damalige Staatssekretär des Innern, Bethmann-Hollweg, hatte freilich die Verbesserungen der Kommission schon als unannehmbar für die Regierung bezeichnet. Diese gibt nun den wütenden Protesten der Unternehmerverbände ganz nach und läßt das bescheidene Werk fallen.

Schneller, als sogar die Sozialdemokraten ursprünglich angenommen hatten, wird sich ihre Voraussage erfüllen, daß auch der neue Steuerraubzug nicht genügen würde, um die Reichsfinanzen dauernd ins Gleichgewicht zu bringen, die durch die stetig steigenden Rüstungsausgaben zerrüttet werden. Schon jetzt liegt klar zutage, daß das Werk des Schnapsblocks selbst vom steuerrechtlichen Standpunkt aus ein Putschwerk ist, daß die neuen Steuern nicht den Betrag ergeben werden, den die Macher vorausgesehen haben. Das laufende Geschäftsjahr des Reiches wird daher trotz der Plünderung der Massen ein gewaltiges Defizit aufweisen. In den folgenden Jahren wird es eher schlimmer als besser werden, denn die Ausgaben wachsen weiter — eine neue Flottenvorlage steht sicher bevor. Neue Anleihen und in einigen Jahren abermals eine „Reichsfinanzreform“ winken also in Aussicht. Dringende Ausgaben unterbleiben bei diesem Stande der Dinge. Vorläufig wird jedenfalls die Erhöhung der Soldatenlöhnung daran glauben müssen, die von der Sozialdemokratie beantragt wurde. Die bürgerlichen Parteien haben sie wohl versprochen, aber immer wieder hinausgeschoben. Die Söhne des Volkes im Waffenrock können weiter auf die paar Pfennige Zulage warten — die Herren Offiziere haben ja ihre Gehaltserhöhungen weg. — Der Kriegsminister v. Einem hat zurücktreten müssen; ein General v. Heeringen ist sein Nachfolger. Es ist bezeichnend für den deutschen Militarismus und den Übermut des Junkertums, daß allgemein angenommen wird, dem Herrn v. Einem habe es das Amt gekostet, daß er seinerzeit im Reichstag erklärte, er mißbillige die Bevorzugung des Adels im Offizierkorps und erachte, daß auch geeignete jüdische Bourgeoispröhlinge Anspruch auf Offizierspaulletten hätten.

Das Zentrum ist womöglich in noch üblerer Lage als der Liberalismus. Die katholischen Arbeiter, der kleinere Mittelstand und teilweise sogar die kleinen Bauern sind mit der infamen Steuerpolitik der Partei höchst unzufrieden. In den Versammlungen, wo die schwarzen Abgeordneten sich zu rechtfertigen suchen, machen die Geprüelten absolut keinen Hehl aus ihrer Empörung. Schon kommen Stoßfeuer aus der Zentrums Presse, die jene Abgeordneten, die sich vorichtig zurückhalten, auf die Schanzen ruft. Auf der anderen Seite gebiert die Not des Zentrums in seiner Presse wahre Orgien der Lüge und des Schwindels. Was diese ehrenwerten Organe ihren Lesern alles zu bieten wagen, wie ungeheuerlich groß sie die Dummheit der Zentrumswähler taxieren, das übersteigt alle Begriffe. Indes ist anzunehmen, daß der intelligente Teil der Zentrumswählerschaft das ganze plumpe Lügengewebe doch durchschauen muß. Deshalb ist jetzt die Gelegenheit zur Gewinnung neuer Anhänger für die Sozialdemokratie sehr günstig. Die vielen großen Arbeiterentlassungen aus Tabakfabriken, die jetzt infolge der Tabaksteuererhöhung stattfinden, werden die Steuerfünden des Zentrums erneut ins hellste Licht setzen. Die Erbitterung, welche die Not hervorruft, wird aber sicherlich eher angefaßt als gedämpft durch die Behandlung, deren die Unterstützung aus dem amtlichen Viermillionenfonds Nachsuchenden durch die staatliche Bureaucratie so gut wie sicher sind. Es sei denn, daß in Zukunft alle Erfahrungen trügen würden, die wir mit der deutschen Bureaucratie gemacht haben. Das hätte aber eine gewaltige innere Wandlung in dieser Körperschaft zur Voraussetzung, eine solche sozialpolitische Erleuchtung, wie sie nicht über Nacht kommt!

In besonders übler Lage befinden sich die sogenannten Arbeiterabgeordneten des Zentrums. Ihre Wähler sind naturgemäß besonders entrüstet, und die Herren Siebertz, Schiffer und Konsorten haben schon die unzweideutigsten Beweise davon erhalten. In ihrer Bedrängnis greifen sie zu einem oft erprobten Mittel, zur Verleumdung der Sozialdemokratie, die an allem Schuld sein soll. Die tollsten, frechsten, handgreiflichsten Lügen, die gewaltsamsten Verdrehungen der Wahrheit sollen die Schächten besänftigen.

Die Kieler Sozialdemokratie veranstaltete am Sonntag den 15. August eine imposante Demonstration für den Weltfrieden, auf der neben deutschen Genossen auch Vertreter der dänischen, schwedischen und englischen Bruderparteien sprechen sollten. Die Kieler Polizeibehörde lieferte dabei ein Beispiel der „loyalen Auslegung“ des Vereinsgesetzes, die der jetzige Reichskanzler als Staatssekretär des Innern versprochen hat. Sie verbot zunächst die Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel unter lächerlichen Vorwänden, die eine direkte Verhöhnung des Willens der Gesetzgeber darstellten; dann setzte sie ihrem erleuchteten Verhalten die Krone auf, indem sie den ausländischen Gästen das Reden in ihrer Muttersprache verbot. Während die Genossen aus Dänemark und Schweden sich deutsch verständigen konnten, mußte Genosse Macdonald von der englischen Arbeiterpartei in den drei Versammlungen, die nun in den größten Sälen Kiels stattfanden, stumm bleiben. Was er hatte sagen wollen, mußte er durch den Genossen Bernstein deutsch vortragen lassen. Ein groteskes Schauspiel, dessen Lächerlichkeit auf der Kieler Polizeibehörde und letzten Endes auf der preussischen Regierung hängen bleibt. Und diese Blamage war eine internationale. Denn die englische Presse hat die unendlich kleinliche und un sinnige Maßregel mit scharfem Spott kommentiert. Sie hat auch nicht vergessen daran zu erinnern, daß Genosse Macdonald vor kurzem mit einer Deputation englischer Arbeiterparlamentarier in Deutschland weilte und auch der Gast der deutschen Regierung war; daß er im Reichstagssaale von dem jetzigen Reichskanzler und damaligen Staatssekretär Bethmann-Hollweg begrüßt wurde und vor ihm ungeniert in englischer Sprache reden konnte. Der Kieler Vorgang hat somit auch unseren englischen Freunden eine Lektion darüber erteilt, was die Höflichkeiten der deutschen Regierung wert sind, die ihnen bei ihrer Deutschlandreise zuteil wurden, und wie recht die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften hatten, als sie die Beteiligung an dieser Komödie ablehnten.

In Württemberg, dem Lande des letzten sozialdemokratischen Hofganges, ist der Preis der Eisenbahnfahrkarten vierter Klasse auf Antrag der Regierung vom Landtag von 2 auf 2 1/2 Pfennig pro Kilometer erhöht worden. Alle bürgerlichen Parteien stimmten dafür, nur die Sozialdemokratie dagegen. Ebenso war allein die Sozialdemokratie dafür, daß bei der Erhöhung der Einkommensteuer die niederen Steuerstufen verschont und dafür die höheren kräftiger herangezogen würden. Die bürgerliche Mehrheit beschloß jedoch, daß alle Einkommen gleichmäßig mit fünf Prozent Steuerzuschlag belastet werden sollten.

In Spanien hat die Reaktion vorläufig gesiegt, und der weiße Schrecken wüthet. Die Herrschenden beweisen wieder einmal durch brutale Verfolgungen der Besiegten, um wieviel sie an Kultur und Gesittung hinter den revolutionären Massen zurückstehen. Hinrichtungen folgen auf Hinrichtungen. Der niederträchtige Krieg gegen die Riflabyllen wird indes ruhmlos fortgeführt und verschlingt Tausende von Menschenleben und ungezählte Millionen.

Das neue Ministerium in Frankreich hat sich entschlossen, einen Teil der vom Poststreik her gemahregelten Postbeamten zu begnadigen, weigert sich aber entschieden, zurzeit alle Gemahregelungen wieder einzustellen. Anscheinend spekuliert das Kabinett Briand darauf, auf diese Weise die Postbeamten zu spalten. Der Staatsrat hat entschieden, daß die Postbeamten das Streikrecht nicht haben; die angeblichen Rechtsgründe dafür sind nichts weiter als die Umschreibung des Interessenstandpunktes der herrschenden Bourgeoisie. — Mit der Einlösung des Clemenceauschen Versprechens, daß die russische Spitzelpolizei ausgewiesen werden sollte, scheint es gute Wege zu haben: „Ezzellens Harting“ wurde beim Zarenbesuch in Cherbourg in eifriger Tätigkeit gesehen.

Eine Kriegswolke, die von der Balkanhalbinsel drohte, hat sich wieder verzogen. Die Bevölkerung der Insel Kreta, die überwiegend griechisch ist und 1898 nach blutigem Aufstand gegen die Türken Selbstregierung unter nomineller Oberhoheit der Türkei erhielt, strebte die Einverleibung in Griechenland an. Das Nationalgefühl der Türken ist seit der Revolution sehr gesteigert, durch die Annexion Bosniens und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens aber gereizt worden. Es schäumt ob der Forderung auf, und die türkische Regierung verkündete, daß Unternehmen der Kreter mit Waffengewalt verhindern zu wollen. Gleichzeitig bedrohte sie Griechenland, daß sie der Schürung der Bewegung auf Kreta und türkenfeindlicher Agitation in Mazedonien beschuldigte. Die Gefahr des Krieges scheint aber fürs erste beseitigt zu sein: die Kreter haben sich vorläufig gefügt, und Griechenland ist der Türkei entgegengekommen. In jämmerlicher Gestalt zeigte sich bei diesem Anlaß wieder die europäische Diplomatie. Zu einer wirklichen Lösung der kretischen Frage, die erst mit der Einverleibung der Insel in Griechenland

gegeben sein wird, können sich die Großmächte nicht aufschwingen. Die Staaten des Dreimächte-Vernehmens, England, Frankreich und Rußland, fürchten nämlich, daß sich Deutschland und Österreich in diesem Fall auf Seite der Türkei stellen möchten und sich so die beste Position im osmanischen Reich verschaffen würden. Das Schicksal der Kreter wird so von den diplomatischen Kabinettgeräten der Großmächte abhängig. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Mitgliederbewegung der Proletarierinnen in ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen läßt erkennen, daß Klassenbewußtsein und Zielerkenntnis unter den Frauen der werktätigen Massen wachsen und sich kräftigen. War die Zunahme der weiblichen Mitglieder in der sozialdemokratischen Partei im Krisenjahr geradezu verblüffend, so ist sie auch in den Gewerkschaftsorganisationen befriedigend gewesen, zumal wenn man bedenkt, daß ihr ein Verlust von rund 72000 Mitgliedern gegenübersteht. Nach Angaben, welche die freien Gewerkschaften dem Kaiserlich statistischen Amte gemacht haben, umschlossen diese 138 443 organisierte Arbeiterinnen, gegen 136 429 im Vorjahr. Die Zunahme war mit 1514 allerdings weit geringer als in den Vorjahren, jedoch ist sie in der Zeit der schweren wirtschaftlichen Depression ein guter Beweis von der so oft angezweifelten Organisationsfähigkeit der Arbeiterinnen und von der tüchtigen gewerkschaftlichen Schulung der weiblichen Organisierten. So ist es nicht Entmutigung und Verzagen, sondern hingebungsvolle fleißigste weitere Verarbeitung, welche diese Zahlen den Genossinnen predigen. Sind doch nach der letzten Berufszählung in Industrie, Handel und Verkehr über zwei Millionen weibliche Arbeitskräfte tätig, von denen mithin erst 6 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind. Die erdrückende Mehrzahl steht noch ohne den Schutz des Verbandes der kapitalistischen Profitgier gegenüber. Da tut tatkräftiges, unermüdeliches Agitieren und Organisieren bitter not!

Das um so mehr, als die Unternehmer sich immer fester zusammenschließen. Die Mitgliederzunahme ihrer äußerst rührigen Organisationen ist nicht unbeträchtlich, wie aus einer Enquete hervorgeht, die das Statistische Amt unternommen hat. Sie ermittelte 2691 Unternehmerverbände, die in zwei Arten zerfallen: in Bezirksverbände und in Berufsverbände. Insgesamt sollen 169 381 Betriebe organisiert sein, die nahezu vier Millionen Arbeiter beschäftigen. Unzweifelhaft sind bei der Aufnahme viele Betriebe doppelt gezählt worden, einmal in den Bezirksverbänden, das andere Mal in den Berufsverbänden. Die großen Zahlen müssen deshalb mit aller Vorsicht aufgenommen werden. Aber selbst ungerichtet dessen stellen die erstarrten Unternehmerverbände machtvolle kapitalistische Kampforganisationen dar, deren Spitze sich gegen die Arbeiter kehrt. Und sie mahnen die Ausgebeuteten um so eindringlicher zu dem eigenen Zusammenschluß in Gewerkschaften, als sich zu ihrer aus der Vereinigung geborenen Kraft noch das urwüchsige wirtschaftliche Übergewicht der Kapitalisten gesellt und last not least (zuleht, aber nicht am wenigsten) — auch ihr starker politischer Einfluß. Der letztere legt sich lähmend besonders auf die ohnehin schon schwache Sozialpolitik des Reiches, ganz abgesehen von seiner sonstigen Einwirkung auf die Gesetzgebung zu Ruh und Frommen der ausbeutenden Klassen. Gerade jetzt gehen die Unternehmerverbände daran, einen stärkeren Anteil am politischen Leben zu nehmen als bisher und erbringen so ihrerseits einen neuen Beweis für die Wichtigkeit des Wortes im kommunistischen Manifest, daß die wirtschaftlichen Klassenkämpfe zu politischen werden. Auch das müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen beherzigen. Die Unternehmerverbände haben nämlich einen Wahlfonds gegründet und wollen durch ihn solche Reichstagskandidaten unterstützen, die die Interessen der Unternehmer zu vertreten versprechen. Daß also in unseren Reihen doppelte Wachsamkeit und Arbeit notwendig ist, dieser Einsicht dürfen sich auch die Arbeiterinnen nicht verschließen. Welchen entscheidenden Einfluß sie bei Lohnbewegungen, aber auch im Kampfe für Arbeiterforderungen auf politischem Gebiet ausüben können, haben wir an konkreten Beispielen an dieser Stelle schon oft hervorgehoben.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutzhilfen hat vor einiger Zeit angeregt, daß Baukontrollen durch die örtlichen Bauarbeiterschutzhilfen vorgenommen werden sollen. Diese Kontrollen haben stattgefunden und ein reiches Material zusammengebracht über Verstöße gegen die Arbeiterschutzbestimmungen und Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften. Dadurch wurde wieder einmal die absolute Notwendigkeit unbestreitbar begründet, Arbeiter als Baukontrollanten anzustellen. Die so berechnete wie alte Forderung der Bauarbeiter

findet bei den Behörden wenig Verständnis. Reichsregierung und Landesregierungen erweisen dagegen noch immer tiefen Respekt vor den staubigen, verdrückten Ladenhütern der Unternehmer und der Berufsgenossenschaften, daß die Anstellung von Arbeitern als Baukontrolleure nur sozialistischen, agitatorischen Zwecken dienen würde. Wie jetzt verlautet, will der Bremer Staat zwei Baukontrolleure anstellen, die zwar nicht direkt aus dem Arbeiterstande, wohl aber aus den Reihen der Poliere entnommen werden sollen. Um die gefürchtete „politische Agitation“ zu vereiteln, werden die zwei Baukontrolleure mit vierteljährlicher Kündigung angestellt. Die Neuerung — so viel sie zu wünschen übrig läßt — ist ein bescheidener Anfang in der Richtung der Arbeiterforderung.

Einer der größeren und in vielerlei Hinsicht beachtenswerten Streiks ist zu Ende. Die städtischen Kieler Arbeiter haben nach zehnwöchigem tapferen Kampfe die Waffen strecken müssen. In letzter Zeit fanden sich leider mehr Fahnenflüchtige aus den eigenen Reihen. Von einer absoluten Niederlage der Arbeiter kann indessen nicht geredet werden, da auch der Kieler Magistrat nicht erreicht hat, was er wollte. Auch ihm sind durch den Kampf tiefe Wunden geschlagen worden, und er wird es sich ein zweites Mal überlegen, ob er einen solchen Konflikt mit den Arbeitern leichtfertig heraufbeschwört. — Im Hamburger Baugewerbe tobt zur Zeit, wo wir diese Zeilen schreiben, der Kampf weiter. Neuerliche Verhandlungen ließen die Meinung austauschen, daß es zu einer Beilegung der Differenzen kommen werde. Jedoch auch diese Bemühungen unparteiischer Personen, die kämpfenden Parteien zu einigen, zerfielen an dem Starrsinn der Unternehmer. Letzthin haben in Berlin Unterhandlungen der Zentralleitungen der organisierten Arbeiter und der organisierten Unternehmer des Baugewerbes stattgefunden. Sie führten ebenfalls nicht zu einem positiven Ergebnis, da sich auch verschiedene Schwierigkeiten betreffs der Regelung der Arbeitsbedingungen für die Nebenbranchen herausstellten. Weitere Verhandlungen sollen in Hamburg erfolgen.

Die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen leiden bereits sehr stark unter den Wirkungen der neuen Steuergesetze. Überall werden größere Arbeiterentlassungen gemeldet. Der Verband versucht, vielfach mit Erfolg, die größte Not von den Arbeitern dadurch abzuwenden, daß er mit den Unternehmern Abmachungen trifft, nach denen die bereits erfolgten Kündigungen zurückgenommen und die Arbeiter und Arbeiterinnen umschichtig beschäftigt werden. Von der Linderung der Not durch den vielgerühmten Viermillionenfonds, der vom Reichstag für die arbeitslosen Tabakarbeiter bewilligt wurde, hört man dagegen noch nichts. In den Kreisen der Tabakarbeiter erregt es bereits sehr begreiflichen Unwillen, daß weder die Landesbehörden noch der Bundesrat Bekanntmachungen erlassen haben, an welche Adressen sich die arbeitslosen Tabakarbeiter wenden müssen, damit sie ihre Ansprüche an den Fonds geltend machen können. Mit dieser Bekanntgabe haben es die hohen, weisen und gütigen Behörden nicht eilig, sie erfolgt nicht halb so rasch wie die Schnellmacherei der Finanzreform. #

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Konsumgenossenschaftliche Presse weist in dieser Zeit, in der abermals wichtige Nahrungs- und Genussmittel enorm verteuert wurden, mit Nachdruck auf den Wert der Konsumvereine für die Arbeiter hin, und manche Gewerkschafts- und Parteiblätter tun das ebenfalls. Die Situation ist sicher zur Agitation für die Konsumvereine außerordentlich geeignet. Mehr denn je hat die unbemittelte Bevölkerung alle Ursache, ihre Konsumartikel dort zu kaufen, wo sie am vorteilhaftesten zu haben sind. Der moderne Konsumverein schaltet den unnötigen Zwischenhandel im Kleinverkauf aus, bietet also vornehmlich eine günstige Kaufgelegenheit. Das mögen sich alle Arbeiterfrauen überlegen, die bis jetzt noch aus irgend einem nebensächlichen Grunde mit den Konsumvereinen nichts zu tun haben wollten.

Die Konsumvereine können natürlich an der von den Schnapsblockpolitikern des letzten Reichstags herbeigeführten Preissteigerung der Waren nicht viel ändern. Nicht viel, etwas aber doch! Es ist ja bekannt und zeigt sich deutlich auch diesmal, daß der Konsument unter solchen Verhältnissen mehr bluten muß, als nötig ist. Er muß nämlich nicht nur den Preisaufschlag zahlen, den die neue oder erhöhte Steuer mit sich bringt, sondern noch ein Erleckliches mehr, das in die Tasche der Händler wandert. Ganz auffällig zeigt sich das beim Bier. Die Brauereien nehmen schon mehr, als die Steuer ausmacht, dann versuchen die Händler und Gastwirte, meist mit Erfolg, dasselbe Experiment noch einmal. Bei anderen Waren liegt es genau so. Die Beträge werden nach oben „ab-

gerundet“, womöglich mehrere Male; der Konsument aber bezahlt auf diese Weise viel mehr, als durch die Steuer gerechtfertigt ist. Hier können die Konsumvereine preisregulierend eingreifen, indem sie dieser Preispolitik energisch entgegenarbeiten. Dazu wäre nötig, daß sie die durch die Steuer nötigen Aufschläge nach unten abrunden, also eher etwas billiger, statt teurer verkaufen, und daß sie überhaupt von einer Preiserhöhung bei solchen Waren absehen, die nur gering von dem neuesten Raubzug der besitzenden Klasse getroffen werden. Auf diese Weise würden die Konsumvereine zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: sie würden den Mitgliedern billigere Waren bieten und dem Krämerum eine scharfe Konkurrenz machen. So könnten die Konsumvereine also wirklich einmal sehr im allgemeinen Interesse wirken. Ein Vorwurf kann ihnen übrigens nicht erpart werden. Sie haben — nicht die einzelnen Vereine, sondern die Verbandsorganisationen geht das an — dem Steuerwucher ruhig und mit verschränkten Armen zugesehen, wahrscheinlich, weil ihnen ein Eingreifen in irgend einer Form zu „politisch“ erschienen wäre. In England und Österreich und in allen anderen Ländern mit starken Genossenschaften wäre jedenfalls unter gleichen Umständen eine derart „neutrale“ Haltung unmöglich und unverständlich gewesen. Die Steuerpolitik des Reiches trifft auch die Interessen der Konsumvereine, eben weil sie die Konsumartikel verteuert. Hätten die Konsumvereine — in geeigneter Weise natürlich — mit dagegen gekämpft, würden sie jetzt viel mehr Agitationskraft für sich unter den Arbeitern entwickeln können. Die Konsumvereine sind wesentlich an der deutschen Steuer- und Wirtschaftspolitik interessiert. Das von dem neuesten Steuerwucher zunächst betroffene private Unternehmer- und Händlerum hat sich durch seine wirtschaftlichen Organisationen mehr oder weniger kräftig zur Wehr gesetzt. In Eingaben an Reichstag und Regierung, in öffentlichen Protestversammlungen usw. ist das zum Ausdruck gekommen. Es ist nicht einzusehen, warum die Organisationen der Konsumgenossenschaften nicht in gleicher oder ähnlicher Weise die Interessen ihrer Mitglieder wahren sollten.

Im August hat der Allgemeine Verband deutscher Gewerkschaften und Wirtschaftsgenossenschaften (Schulze-Delitzsch) seinen fünfzigsten Genossenschaftstag in Freiburg i. Br. abgehalten. Mehr als alle früheren trug er repräsentativen Charakter, da er ein Jubiläumslongreeß war und mit Ehrungen und Glückwünschen von „oben“ überhäuft wurde. Der Leiter des Verbandes, der bekannte freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Crüger, ist Professor geworden, was von einem Vertreter der Reichsregierung demonstrativ und feierlich mitgeteilt wurde. Auf die Verhandlungen kommen wir in nächster Rundschau zurück.

Unsere Angaben über die vor kurzem eröffnete großartige genossenschaftliche Brotfabrik in Schwachat bei Wien (die größte und modernste Österreichs) haben wir insofern zu berichtigen, als nicht die Konsumvereine, sondern die sozialdemokratische Partei in Wien die Erbauerin und Besitzerin dieses genossenschaftlichen Eigenbetriebs ist. Ihr werden also direkt die finanziellen Ergebnisse des Betriebs zugute kommen, die sich die Versorgung aller wenigbemittelten Kreise mit gutem, billigem Brot zur Aufgabe gemacht hat. Selbstverständlich werden aber die Konsumvereine die ersten und die besten Abnehmer der Produkte der Brotfabrik sein, wie sie sicher auch am Zustandekommen des ganzen Unternehmens mitgewirkt haben. Sie werden sich nicht graulich machen lassen von dem Geschrei der Gegner, die aus diesem Vorgang bestimmt den innigen Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Konsumvereine konstruieren und für ihre Zwecke ausnützen. Interessant ist, was nach der Richtung das Organ der österreichischen Konsumvereine in einem Artikel über die „Hammerbrotwerke“ schreibt. Nämlich:

„Und daß gerade die sozialdemokratische Partei es ist, die es den Wienern Arbeitern ermöglicht, in ihrem Emanzipationskampf als Konsumenten einen erfolgreichen Schritt nach vorwärts zu machen — ist das nicht eine löbliche Illustration für das törichte Breitschlagen der so mißverstandenen Phrase von der „Neutralität“? Wie? — Just die Partei, der die Gegner nachsagen, daß sie nur negativ, nur „destruktiv“ (und wie alle diese Schlagworte lauten) wirke, daß sie einseitig politisch sei und keine „positive“ Arbeit leisten wolle oder könne — just diese Partei setzt eine Brotfabrik, die jetzt schon täglich 50.000 Laibe liefern kann, nebst einer Dampfmühle in Betrieb? ... Angesichts dieser Tatsache muß man denn doch fragen: Wenn schon die Genossenschaftsbewegung „neutral“ bleiben soll — können es die Konsumenten? Sollen die Konsumenten etwa abwarten, bis — eine andere Partei sie von der Ausnützerung durch das Handelskapital befreien wird? Wo sind denn die Erlöser, von denen es angeblich im bürgerlichen Lager nur so wimmelt? Was die „neutrale“ Genossenschafts-

Bewegung geleistet (richtiger: nicht geleistet) hat, das haben gerade wir Österreicher reichlich erlebt. Sollen wir noch länger den bürgerlichen Aposteln Glauben schenken und dahindufeln, bis uns die gebratenen Tauben, die man uns versprach, in den Mund fliegen? Sieht man näher zu, geht man den wirtschaftlichen Erscheinungen auf den Grund, dann merkt man, daß die Neutralitätsphrasen eine ebensolche Seifenblase ist wie — irgend eine andere. Es ist utopisch, zu glauben, daß die Besitzer und Nutznießer der Produktionsmittel die gleichen Interessen haben wie die besitzlosen Proletarier, daß Kapitalisten und Arbeiter, Ausbeuter und Ausgebeutete in der heutigen Gesellschaftsordnung über den Abgrund, der sie trennt, hinwegkommen können. Nein, so gut die Produzenten in zwei Lager geschieden sind, ebenso sind es auch die Konsumenten. Ein Aktionär und ein Arbeiter sind nun einmal als Konsument wie als Konsument wirtschaftliche Gegenüber. Warum dies leugnen? Was soll die Selbsttäuschung in diesem Falle? Weshalb wollen wir den Kopf in den Sand stecken? Glaubt wer, daß man uns nicht sehe, weil wir blind sind? Die Vogelstrauchpolitik rentiert sich nicht und ist nicht der Mühe wert, die sie verursacht. Kompromittiert es die Genossenschaftsbewegung, wenn die Sozialdemokratie ihr in dem Kampfe wider die Brotwucherer den kraftvollen Arm leiht? Sollen wir auf den Beistand verzichten, bloß deshalb, weil es die Partei der Arbeiter ist? — Wem zuliebe sollen wir verzichten? Welche Partei will und kann uns denn helfen wider den Brotwucher? Wenn es irgend jemand nicht recht ist, daß die Sozialdemokratie nicht bloß in der Politik, nicht bloß in der Gesetzgebung dem Kapitalismus zur Seite geht, dann — soll er es dieser Partei doch nachmachen! Wir Genossenschaften haben nichts dagegen, und wenn uns der leibhaftige Herr von dem Druck der Lebensmittelteuerung befreit — wir schlagen ein.“

Das sind ebenso wahre wie tröstliche, mannhafte Worte, die den österreichischen Konsumvereinen die Sympathie und rege Unterstützung aller klassenbewußten Arbeiter sichern. Wüßten sie auch in deutschen „maßgebenden“ Konsumvereinstreffen Beachtung finden.

H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Speisefarten für Dienstboten in Stuttgart. Als ich vor einiger Zeit den Roman „Das tägliche Brot“ von Klara Viebig las, war ich erstaunt, wie genau die Verfasserin die Dienstbotenverhältnisse im feinen wie im einfachen Haushalt kennt. Ihre Schilderungen entrollen typische Bilder aus dem Dienstbotenleben, wie es sich heute in allen größeren Städten gestaltet, im Süden wie im Norden unseres deutschen Vaterlandes. Als Beweis dafür sei eine kleine Auswahl von Speisefarten für Dienstboten mitgeteilt, die denen gleichen, welche Klara Viebig uns in ihrem Roman vorlegt, nur daß sie nicht aus Berlin, sondern aus Stuttgart stammen.

Nr. 1. Vier dienstbare Geister sind bemüht, einer aus drei Personen bestehenden Familie das Haus zu einer Art Schlaraffenland zu gestalten. Sie bekommen wöchentlich sechsmal Siedfleisch, Kartoffeln in verschiedener Zubereitung und Salat, einmal Braten und einen einfachen Kuchen; wenn Gemüse recht billig ist, zur Abwechslung auch einmal solches. Im Winter ist die Kost etwas besser, weil es dann die billigen Wintergemüse gibt. Wenn die Köchin es wagt, einmal einen größeren Pudding zu machen, damit für die Dienern etwas übrig bleibt — der Krach, den es dann gibt! Man vergewärtigt sich, daß die Mädchen täglich die feinsten, ausgefeiltesten Speisen sehen und nichts davon erhalten. Muß das nicht die „Begehrlichkeit“ reizen, besonders aber das Bewußtsein wachstacheln, daß Dienstboten als Menschen niederer Ordnung behandelt werden?

Nr. 2. Im Hause einer Baronin gibt es für die Mädchen zum Frühstück etwas Unbefehliches, man weiß nicht, ist es Kaffee oder Tee. Die Würste werden in diesem Haushalt duzendweise gekauft, so daß der Metzger für die „Gnädige“ den Namen „Knackwürstbaronin“ geprägt hat. Damit die Würste nach acht Tagen noch genießbar sein sollen, werden sie in saure Milch gelegt. (Jeder Hausfrau, die dies Rezept liest, rate ich dringend ab, es zu probieren.) Nicht etwa ausnahmsweise, nein, das ganze Jahr hindurch werden die Dienstboten derart genährt. Wer in dem Hause die feinen Bissen bekommt, werde ich mitteilen, wenn ich einmal über sittliche Vorbilder für Dienstboten schreiben.

Nr. 3. Ein Haushalt mit zwei Mädchen: Das Essen für diese ist sehr knapp. Wenn der „Herr“ zu Hause ist, bekommen sie wenigstens genügend Fleisch. Vom Gemüse bleibt meistens für sie nichts übrig, weil zu wenig gekauft wird. Beschwerden der Köchin nützen

nichts. Die Dame antwortet auf solche nur: „Dann machen Sie Kartoffeln.“ Aber da man sich nicht immer an Kartoffeln sattessen kann, sind die Mädchen gezwungen, sich von ihrem Geld Essen zu kaufen.

Nr. 4. In einer Familie sieht der Sohn sehr schlecht und ist sehr unappetitlich. Beim Essen läßt er öfter die Speisen vom Mund in den Teller fallen, manchmal faßt er sie auch mit den Händen an. Was er übrig läßt, bekommt das Mädchen, die Frau füllt ihm den Teller des Sohnes voll. Da in dem Haushalt immer Mangel an Überfluß ist, hat die Arme keine andere Wahl, sie muß essen, was sie erhält, und wenn der Stiel sie noch so würgt.

Wenn ich diese Zustände bedenke, so komme ich immer wieder zu dem Schluß: nur eine starke Organisation ist imstande, den Hausangestellten bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Darum hinein in die Organisation! a. l.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Die Bedeutung der weiblichen Arbeitskraft für das Wirtschaftsleben wird durch die Angaben beleuchtet, welche das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ (1909) über die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen, ihr Verhältnis zur weiblichen Gesamtbevölkerung und der Zahl der männlichen Erwerbstätigen in fünfzehn sogenannten Kulturstaaten enthält. Das „Jahrbuch“ wird vom Kaiserlich Statistischen Amt herausgegeben; seine Mitteilungen sind also gänzlich unverdächtig, die Tatsachen zugunsten der Auffassung irgendwie zu beugen, welche die Sozialisten von dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und ihren Konsequenzen für die Stellung der Frau haben. Nichtsdestoweniger befähigen sie diese Auffassung glänzend. Nachstehend die Zahlen, welche besonders in Betracht kommen. Es sei zu ihnen bemerkt, daß für Großbritannien doppelte Angaben vorliegen, die sich decken; daß eine Mal hat die Zählung die drei großen Landesteile getrennt, das andere Mal zusammen erfaßt.

Zählungs- jahr	Weibliche Be- völkerung	Weibliche Erwerbs- tätige	Von der Bevölkerung waren erwerbstätig in Prozent			
			über- haupt	männ- lich	weib- lich	
Deutschland	1907	31 259 429	9 492 881	45,5	61,1	30,4
Österreich	1900	13 298 015	5 684 984	51,5	60,6	42,8
Ungarn	1900	9 672 407	2 585 235	45,1	63,7	45,1
Rußland	1897	63 162 673	5 276 112	24,9	41,6	8,4
Italien	1901	16 320 123	5 284 064	50,1	68,0	32,4
Schweiz	1900	1 688 418	498 760	46,9	65,0	29,5
Frankreich	1901	19 533 899	6 804 510	51,3	68,2	34,8
Spanien	1900	9 543 533	1 351 792	39,1	64,9	14,2
Belgien	1900	3 368 714	948 229	45,9	63,8	28,1
Niederlande	1899	2 583 535	433 548	37,8	59,4	16,8
Dänemark	1901	1 256 092	353 980	45,2	63,1	28,1
Schweden	1900	2 630 005	551 021	38,4	56,8	21,0
Norwegen	1900	1 154 784	277 613	39,5	56,1	24,0
England u. Wales	1901	16 799 230	1 171 751	44,1	64,6	24,8
Schottland	1901	2 298 348	591 024	44,3	64,0	25,8
Irland	1901	2 258 735	546 585	43,7	63,8	24,2
Großbritannien und Irland	1901	21 356 313	5 309 960	44,0	64,4	24,9
Ver. Staaten von Amerika	1900	37 244 145	5 329 807	38,4	61,3	14,3

Da die Zählung in den einzelnen Ländern in verschiedenen Jahren erfolgt ist, so ist der Wert der Ziffern für einen Vergleich von Staat zu Staat etwas beeinträchtigt. Aber was sie zum Greifen deutlich in Erscheinung treten lassen, das ist der Umfang, die Bedeutung der Frauenarbeit, einen Umfang und eine Bedeutung, welche die ganze lächerliche Hinsichtigkeit des Philisterprückleins erweisen: das Haus ist die Welt der Frau. Zu Millionen sieht die Frau arbeitend in der Welt. Sie muß daher in Gestalt von vollen politischen Rechten die Macht erlangen, die Welt nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Für die Frauen der werktätigen Massen besagt das: Kampf auf der ganzen Linie gegen das ausbeutende Kapital und seine Ordnung. Daß diese ihrem „Umsturz“ entgegengeht, erweisen die Zahlen über den Umfang der Frauenarbeit. Denn sie deuten auf die Annäherung hin, die sich unter dem Hauche der kapitalistischen Produktion in den werktätigen Massen vollzieht und auch ihre Frauen zu Erwerbstätigen, Ausgebeuteten und Kämpferinnen gegen die Ausbeutung macht. So sind diese Ziffern nicht bloß Sturmglöden, welche das weibliche Geschlecht zum Kampfe für seine Gleichberechtigung rufen, sondern auch Totenglocken, welche das sichere Ende des Kapitalismus verkünden.

Frauenstimmrecht.

I. K. Für das politische Wahlrecht der dänischen Frauen hat sich der Handelsminister Hansen bei einer Festlichkeit ausgesprochen, welche die Kommune Aarhus den zum Kongress versammelten Vertretern der Vereinigung dänischer Provinzstädte gegeben hat. Der Minister sagte im wesentlichen: „Was das politische Wahlrecht anbelangt, so müssen die Frauen den Männern gleichgestellt werden. Über diese Forderung ist nicht erst lange zu reden. Der Widerstand dagegen kann einer Regierung gefährlich werden. Das beweist England, wo der Widerstand gegen das Frauenwahlrecht die liberale Regierung ins Wanken gebracht hat. Es liegt gar kein Grund vor, sich lange zu bedenken. Ich werde für die politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne mit äußerster Kraft wirken.“ — Der Handelsminister braucht nur „mit äußerster Kraft“ dafür einzutreten, daß der Antrag zur Wahlrechtsreform Gesetz wird, den die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht hat, und sein Ideal ist verwirklicht. Freilich ist kaum anzunehmen, daß die dänische Regierung geschlossen für das Frauenwahlrecht eintreten wird. Der Ministerpräsident Neergaard hat jüngst einer Frauendeputation erklärt, daß er persönlich zwar ein prinzipieller Anhänger des Frauenwahlrechts sei, daß jedoch diese Reform erst aufgegriffen werden könne, nachdem man die Frage der Landesverteidigung erledigt habe. Und Laertsen, der Minister des Innern, meinte kurzerhand, daß zurzeit die Einführung des Frauenwahlrechts nicht zu erreichen sei. Die dänische Sozialdemokratie ist die einzige politische Macht, die geschlossen und ernsthaft für das volle Bürgerrecht aller Frauen eintritt.

Auf der Generalversammlung des Nationalen Verbandes für Frauenstimmrecht, die in Stockholm tagte, wurde die Reform des Oberhauses als wesentliche Voraussetzung für die Zuerkennung des Bürgerrechts an das weibliche Geschlecht bezeichnet. Das ist eine sehr schwächliche Stellungnahme, welche bekundet, daß auch in der schwedischen Frauenstimmrechtsbewegung die Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen stark zum Ausdruck kommen. Nicht Reform, sondern Beseitigung des Oberhauses muß die Lösung aller wirklich demokratisch, fortschrittlich Gesinnten sein. Die schwedische Sozialdemokratie fordert die Beseitigung der Ersten Kammer, die, abgesehen von anderen reaktionären Wesenszügen, auch der Einführung des Frauenwahlrechts Hindernisse bereitet.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten. Das nationale Frauenkomitee der Sozialistischen Partei hat einstimmig Genossin Anna A. Maley als nationale Organisatorin erwählt. Das Amt der nationalen Organisatorin ist ein neues und wurde erst vom nationalen Frauenkomitee geschaffen. Die jetzige Organisatorin ist die zweite Genossin, die es bekleidet, nachdem ihre Vorgängerin es nach kurzer Tätigkeit niedergelegt hatte. Die nationale Organisatorin steht im Dienste der Sozialistischen Partei, und ihre Agitationstouren werden von deren Hauptbureau aus geleitet. Ihre Aufgabe ist es, die Ideen des Sozialismus besonders unter den Frauen zu verbreiten und der Partei neue weibliche Mitglieder zuzuführen. Zurzeit unternimmt unsere Organisatorin ihre erste Tour in den Neu-England-Staaten, wo der Sozialismus zwar schon manche Erfolge aufzuweisen hat, wo es aber bis jetzt so gut wie gar keine sozialistische Frauenbewegung gibt. Die Touren sind so eingerichtet, daß die Organisatorin in jeder Ortschaft zwei Tage zubringt. Am ersten hält sie eine Agitationsversammlung ab, am zweiten organisiert sie unter den schon vorhandenen weiblichen Parteimitgliedern ein Frauenagitationskomitee, dem die Aufgabe zufällt, die sozialistische Agitation unter den Frauen der Ortschaft systematisch fortzusetzen. Auf solche Art werden durch die Tätigkeit der Organisatorin nicht nur vorübergehende, sondern dauernde Wirkungen erzielt.

Genossin Anna A. Maley eignet sich besonders gut für das ihr anvertraute wichtige Amt. Sie entstammt einer kinderreichen „Farmer“-familie aus dem Westen, und da sie in einem ländlichen Haushalt aufwuchs und ihre Familie, wie sie selber erzählt, mit mehr Buben und Mädeln als mit irdischen Gütern gesegnet war, so lernte sie frühzeitig nicht bloß alle häuslichen und ländlichen Arbeiten verrichten, sondern gleichzeitig auch von früher Jugend an der eigenen Kraft vertrauen. Unter großen Schwierigkeiten gelang es ihr, sich eine gute Schulbildung anzueignen, und kaum siebzehnjährig verdiente sie bereits ihren eigenen Lebensunterhalt als Volksschullehrerin in einem ländlichen Schulbezirk, wo einige ihrer Schüler fast ebenso alt waren wie sie selbst. Später siedelte

ihre Familie in eine Großstadt über, und das junge Mädchen vertauschte den Lehrerinnenberuf mit Bureauarbeit. Als Stenographin und Maschinenschreiberin war Anna Maley in mehreren großen Geschäftshäusern tätig. In der Zeit ihrer Übersiedlung in die Stadt und ihres Berufswechsels wurde sie mit dem Sozialismus bekannt, dessen Lehren sie sich rasch und gründlich zu eigen machte. Anna Maley, die sich aus eigener Kraft wissenschaftliche sozialistische Bildung aneignete, hat sich auch von einer gläubigen Katholikin zur Freidenkerin emporgerungen. Bald nach ihrem Eintritt in die Partei begann sie agitatorisch zu wirken, und ihre klaren, ernsten, eindrucksvollen Reden fanden überall lebhaften Beifall. Vor drei Jahren kam Genossin Maley nach New York, und während des letzten Jahres war sie hier in der geschäftlichen Leitung des „N. Y. Call“, Parteiorgan in englischer Sprache, tätig. So vollständig widmete sie sich dieser Aufgabe in rastloser, oft bis an Erschöpfung grenzender Arbeit, daß sie während der Zeit für die Agitation fast verloren war. Diese völlige, selbstlose Hingabe an ihre jeweilige Pflicht ist charakteristisch für unsere Genossin. Vor einigen Monaten legte sie ihr Amt am „Call“ nieder und wurde bald darauf als nationale Organisatorin erwählt. Die Berichte von ihrer ersten Agitationstour lauten ermutigend. Wir hoffen, daß die Tätigkeit der nationalen Organisatorin unsere Bewegung kräftig fördern wird.

Meta L. Stern.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Wie ein liberaler Armenpfleger über die Mitwirkung der Frauen in der Armenpflege denkt, das haben kürzlich Verhandlungen in Erlangen gezeigt. Frauen aller Parteilichungen hatten beim Stadtmagistrat eine Eingabe eingereicht, in der sie für ihr Geschlecht die Zulassung als Helferinnen bei der Armen- und Waisenspflege sowie die Bestellung als Vormünderinnen forderten. Der Armenpfleger, der sich mit der Eingabe zu befassen hatte, besteht aus mehreren Geistlichen, aus den Vorstehenden der Armenpflegebezirke und aus Vertretern der städtischen Kollegien, unter denen sich ein Sozialdemokrat befindet. Die Armenpfleger sind ihrer Verurteilung nach Privatiers, Bäckermeister, Spezereihändler und Schuhmachermeister. Nach dem bayerischen Armenpflugesetz sind nur Männer zur Armenpflege zugelassen. In Nürnberg, wo man die Frauen zur Armenpflege herangezogen hat, gab man sie daher als Helferinnen den Pflegern bei. Die Frauen Erlangens erwarteten, daß hier das gleiche geschehen würde. Doch alle Gründe, die für die Erfüllung der erhobenen Forderungen sprachen, halfen nichts. Die meisten Armenpfleger sind der Ansicht, daß es ein Mißtrauensvotum bedeute, wenn man ihnen Frauen zur Seite stellen würde. Einige der Herren erklärten im Brustton heiligster Überzeugung, „sobald beschlossen werde, Frauen zur Armenpflege hinzuzuziehen, würden sie ihr Amt niederlegen“. Den Vogel schloß aber ein Wackerer mit der feierlichen Versicherung ab, daß die Zuziehung der Frauen zur öffentlichen Betätigung die Eifersucht der Pflegergattinnen hervorrufen werde!! Man pries die Tätigkeit der frommen Schwestern in der Krankenpflege, man sprach sich auch für die Zuziehung der Frauen zur Waisenspflege aus, aber von ihrer Mitwirkung bei der Armenpflege wollte man durchaus nichts wissen. Als ob ein Kind erst dann der Fürsorge bedürftig würde, für welche Frauen ein gutes Verständnis besitzen, wenn es Waise ist! Manches Kind, das Vater und Mutter hat, befindet sich in größerer Not und Gefahr, leiblich und geistig zu verkommen, als das Waisenkind, für das ein Vormund zur Aufsicht bestellt ist. Gerade in der Armenpflege liegt ein großes Feld, das die Frau mit Nutzen für die Allgemeinheit bearbeiten kann. Hier vermag sie in ihrer Eigenschaft als Hausmutter am besten zu erkennen, was not tut, gewiß besser als ein ehrfamer Spezereihändler oder Schuhmachermeister. Die Geistlichen, die dem Armenrat angehören, erwiesen sich liberaler als wie die Liberalen, denn sie unterstützten kräftig das sozialdemokratische Mitglied, das für die Eingabe eintrat. Ein Geistlicher begründete die Mitwirkung der Frauen durch ein Bild. Er verglich die beiden Geschlechter mit den Weinen und betonte, daß jemand mit einem Wein ein Krüppel sei und der Hilfe seines Mitmenschen bedürfe. Allein die Körperschaft wollte sich nicht überzeugen lassen. Sie beschloß, abzuwarten, bis das Gesetz eine Neuordnung der Materie bringt. Die Genossinnen Erlangens wie ihre Vertreter im Stadtparlament werden nicht ruhen, bis die Frau ihren Platz in der Armenpflege erobert hat, zum Wohle der Armen der Armen und zum Nutzen der Gemeinde.

a. r.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Gettin (Zindel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.